

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Feil“ mit „Bildung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Freudenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierprezelle 60 Pfennig. Reklamelle 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des freischwebenden Wort 25 Pfennig (auflage zwei Zeilen pro Zeile).

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 48, Lindenstraße 3, abgeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 9. Juli 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Gareis' Mörder in Haft.

Ein Erfolg des Gemeindeforschungsausschusses des Reichstags.

München, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Seit einigen Tagen befindet sich der ehemalige Leutnant Hans Schweikart, der Mörder des Dienstmädchens Sandmeyer, in Untersuchungshaft.

Die Nachricht aus München kommt der weiteren Öffentlichkeit überraschend, nicht aber denen, die Gelegenheit hatten, die Tätigkeit des Gemeindeforschungsausschusses des Reichstags von der Nähe aus zu verfolgen.

Das Dienstmädchen Sandmeyer war wegen angeblicher Spionage gegen die Einwohnerwehr im Oktober 1920 in einem Auto eben dieser Einwohnerwehr nach dem Forstenrieder Park entführt und dort von Schweikart ermordet worden.

Am 8. Juni 1921 kam ausweislich der Akten Schweikart wieder nach München zurück. Am 9. Juni um Mitternacht wurden auf Gareis unmittelbar vor seiner Wohnung vier Schüsse abgegeben, die seinen Tod herbeiführten.

Der Mörder der Sandmeyer, Schweikart, war also unmittelbar vor dem Mord an Gareis nach München zurückgekehrt. Er ist dort geblieben, bis der Mord geschehen war und hat sofort danach München wieder verlassen!

Abgesehen davon, ergeben sich gegen ihn noch andere Beweise, bei denen die Schriftfachverständigen ein wichtiges Wort zu sprechen haben werden.

Der Mörder des Genossen Gareis wurde auch am Ort der Tat gefangen. Es war ein junger Mann in feldgrauer Anzug und Widelgamaschen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er von Augenzeugen durch Gegenüberstellung identifiziert werden kann.

Ein Vorspiel im Reichstag.

Der Fall Schweikart-Fried ist schon am 18. Mai d. J. vom Genossen Levi in einer Reichstags-Sitzung zur Sprache gebracht worden. Damals stellte Genosse Dr. Levi fest, daß unter der verantwortlichen Leitung Frieds dem Leutnant a. D. Schweikart, der des Mordes an der Sandmeyer dringend verdächtig ist, drei Tage nach dem Mord — am 9. Oktober 1920 — ein Paß ausgestellt wurde, auf Grund dessen Schweikart verschwand.

Auf diesen falschen Paß kehrte Schweikart am 7. Juni nach München zurück, am 9. wurde Gareis ermordet. „Der Abg. Fried“ schloß Genosse Levi, „muß alle diese Zusammenhänge besser kennen als wir alle.“

Fried vermochte gegen diese Beschuldigungen nichts vorzubringen als ein Verlegenheitsgestammel. In München herrscht in gewissen Kreisen große Aufregung über die Absicht des Gemeindeforschungsausschusses des Reichstags, im Herbst nach München zu kommen, um dort zahlreiche Zeugenvernehmungen durchzuführen.

Die Münchener Behörden haben — das muß jeder zugeben, mag er auch über die inneren Zusammenhänge wie immer denken — bei der Ausdeckung und Verfolgung der zahlreichen politischen Morde, die in München oder von München aus begangen wurden, völlig versagt. Dem Gemeindeforschungsausschuss des Reichstags dagegen ist es gelungen, in diese Verbrechen tief hineinzuleuchten und für die Justiz nützliche Vorkarbeit zu liefern.

Die Münchener Behörden haben — das muß jeder zugeben, mag er auch über die inneren Zusammenhänge wie immer denken — bei der Ausdeckung und Verfolgung der zahlreichen politischen Morde, die in München oder von München aus begangen wurden, völlig versagt. Dem Gemeindeforschungsausschuss des Reichstags dagegen ist es gelungen, in diese Verbrechen tief hineinzuleuchten und für die Justiz nützliche Vorkarbeit zu liefern.

Die Wahrheit über Cook.

Warum wurde der Generalstreik abgebrochen? (Von unserem Londoner Berichterstatter.)

E. W. London, 6. Juli 1926.

Kein Ereignis seit Menschengedenken hat die britische Arbeiterbewegung so sehr im tiefsten ausgewühlt, als der Generalstreik, keines hat so viele Probleme der Bewegung aufgegeben, wie die Ausrichtung des Streiks, die Taktik seiner Durchführung und sein Abbruch. Nichts ist von der einen oder anderen Seite her unangefochten, nichts unbestritten geblieben.

Es war um so bedauerlicher, daß sich der Sekretär der Bergarbeiter, Cook, durch diese freiwillige Schweigepflicht, die sich die gesamte Gewerkschaftsführung auferlegte, nicht gebunden fühlte. In einem „The nine days“ (Die neun Tage) überschriebenen Pamphlet stellte Cook die Vorgänge so dar, wie sie sich für ihn spiegelten, griff er, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die Angegriffenen in diesem Augenblicke nicht antworten konnten und wollten, die Führer der übrigen Gewerkschaftsbewegung, den Generalrat wegen seiner Haltung während des Generalstreiks aufs schärfste an und warf ihm, direkt und indirekt, vor, durch den Abbruch des Streiks die Bergarbeiter im Stich gelassen zu haben.

Die Veröffentlichung in seiner jüngsten Nummer einen von dem Generalsekretär des Verbandes, John Bromley, stammenden Artikel, in dem der Bericht, den der Generalrat dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress vorzulegen plante, in weitestem Ausmaße zitiert wird. Die Veröffentlichung ist um so bemerkenswerter, als Bromley, der die Preisgabe dieser Stellen aus dem geheimgehaltenen Berichte übernimmt, selbst Mitglied des Generalrats ist. Von den von Bromley veröffentlichten Stellen verdienen insbesondere jene Partien weitgehendes Interesse, die sich auf die Gründe beziehen, welche den Generalrat zu dem überraschenden Entschlusse veranlaßt haben, den Generalstreik am 12. Mai abzubrechen.

Hinsichtlich der dem Streik vorausgehenden Vorgänge stellt der Generalrat der Gewerkschaften in seinem Berichte fest, daß er sich niemals auf die Formel der Bergarbeiter festgelegt hat, welche dahin geht, unter keinen Umständen eine Regelung zu akzeptieren, welche von den Bergarbeitern Opfer mit Hinblick auf die Arbeitszeit, auf die Lohnhöhe oder den Charakter des Kollektivvertrags (distriktweise Regelung!) fordert. Der Generalrat habe sich durch sein „Industrielles Komitee“ lediglich verpflichtet, „die Bergarbeiter in ihren Bemühungen, eine billige Schlichtung der bestehenden Schwierigkeiten zu finden“, zu unterstützen. Trotzdem habe sich die Delegiertenversammlung der Bergarbeiter auf die obigen drei Punkte als die Grundlage ihrer gesamten späteren Politik festgelegt.

„Wir sind“, sagt der Bericht wörtlich, „der Meinung, daß es inabenhäufig war, diese eingeschlagene Linie beizubehalten und wir möchten, ohne zu zögern, feststellen, daß es keineswegs der Ausdruck einer Führerschaft ist, einfach unbeweglich auf einem Standpunkt zu verharrten, während Hunderttausende von Männern mit ihren Familien wegen eines Schlagwortes Not leiden.“

Der Bericht stellt hierauf fest, daß die Haltung der Bergarbeiter den Unternehmern einen Vorwand gegeben habe,

Caillaux antwortet Blum.

Dürftige Dialektik statt sachlicher Argumente.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung scheint die Finanzdebatte beschleunigen zu wollen.

Caillaux

hat am Donnerstag nachmittag, ohne die zahlreichen vorgemerkten Redner zu Wort kommen zu lassen, bei Beginn der Sitzung sofort die Tribüne bestiegen, um Franklin Bouillon und insbesondere Leon Blum zu antworten, dessen Rede einen tiefen Eindruck in den weitesten Kreisen hervorgerufen hat. Caillaux wies darauf hin, daß das Schuldenabkommen Gegenstand eines Spezialgesetzgebungsaktes sein werde und ging dann sofort auf die Rede von Blum über, der am Mittwoch die finanziellen Konzeptionen des Finanzministers bis in die Reihen der bisher überzeugten Anhänger Caillaux hinein schwer erschüttert hat.

ebenfalls zu diktatorischen Maßnahmen

greifen müßten. Die Behauptung Blums, die von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen führten lediglich zur Inflation, lehnte Caillaux ebenso wie die von Blum geforderte Konsolidierung der Staatsschulden ab. Er sei früher ebenfalls Anhänger einer Konsolidierung der Staatsschulden gewesen, habe aber seine Ansicht geändert und sei heute ausschließlich Gegner derselben. Eine obligatorische Konsolidierung würde nach seiner Überzeugung die Auszahlung von Vorkäufen und damit eine Inflation, außerdem schwere wirtschaftliche Schädigungen, zahllose Bankrotte usw. nach sich ziehen. Was Caillaux den sachlichen Ausführungen Blums im einzelnen entgegenhielt war

dürftige Dialektik.

die an dem Kern der Dinge vorübergeht und ausschließlich auf die Wirkung auf die Rechtsparteien berechnet war. Er zog zu seiner

Unterstützung ausländische Wirtschaftsspezialisten wie Keynes und Gilbert Parker heran, die, wie er behauptet, seine Sanierungsanforderungen teilen. Caillaux scheute dabei vor keiner Demagogie zurück und behauptete, daß die Kapitalabgabe, auf der die Sozialisten die Sanierung aufbauen wollen, in allen Ländern ein Fiasko erlitten habe. In der Tschechoslowakei sei ihr Erfolg aus ganz besonderen Umständen heraus zu erklären. Sie habe außerdem den Nachteil, daß sie fast ausschließlich die Mittelklasse treffe und die Besitzer größerer Vermögen sich ihr durch die Flucht ihres Kapitals ins Ausland entziehen.

Der zweite Teil seiner Rede war dem erneuten Versuch gewidmet, die Überlegenheit seines Programms gegenüber dem sozialistischen zu beweisen. Interessant war dabei nur die Mitteilung, daß Frankreich mit einer Summe von 300 Millionen Dollar für seine Währungsstabilisierung nicht auskommen werde, sondern eine bedeutend höhere Summe benötige.

Der Ausgang der Debatte ist weiterhin völlig ungewiß und wird ganz von dem Gescheh abhängen, mit dem Caillaux die gefährlichen Klippen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens umschiffet. Der Abschluß der Debatte wird durch den enormen Frankenschwund am Donnerstag beschleunigt werden.

Katastrophaler Frankenschwund.

1 engl. Pfund = 191,75 französische Franken = 205 belgische Franken.

London meldete die Auszahlungen Paris und Brüssel wiederum erheblich schwächer. Paris, das gestern mit 181,50 geschlossen hatte und nachbörslich bereits auf 183,12 zurückgegangen war, notierte heute bei Börsenschluß 189,75 und nachbörslich 191,75. Brüssel schloß gestern mit 190,50 und gab nachbörslich auf 192,25 nach, um heute mit 200,50 zu schließen und nachbörslich auf 205,00 zurückzugehen. Aus New York wurden beide Frankenschwächer auch schwächer gemeldet, u. a. Paris mit 259 1/2 (gestriger Schlußkurs 262), 257, 256. Brüssel Eröffnung 247 (gestriger Schlußkurs 251), 245, 242 1/2.

sich in ihrer Politik von den Vorschlägen der Kohlenkommission zu entfernen; er behandelt im einzelnen die Vorgänge, welche zum tatsächlichen Ausbruch des Generalstreiks geführt haben, und betont, daß die Einstellung des Generalrats dahin ging, die Regierung zur Annahme des gesamten Kohlenberichts (mit allen seinen Reorganisationsvorschlägen) zu bewegen, während die Annahme der Schlagworte der Bergarbeiterführer nach deren eigenem Zugeständnisse dazu geführt haben würde, 300 000 Bergarbeiter infolge der notwendig werdenden Schließung von Gruben arbeitslos zu machen, eine Tatsache, die für jeden Gewerkschaftsführer viel zu fürchtbar sein muß, als daß er sie überhaupt als Möglichkeit erörtern könnte; die meisten denkenden Menschen möchte es vernünftiger erscheinen, daß einige hochbezahlte Arbeitergruppen in einer völlig desorganisierten Industrie eine zeitweise Herabsetzung ihrer Löhne auf sich nehmen, als daß 300 000 Arbeiter mit ihren Familien der Not ausgeliefert werden, damit Arbeiter, welche nach den eigenen Feststellungen von Cool drei bis fünf Pfund Sterling in der Woche verdienen, ihren Lebensstandard aufrecht erhalten können."

Der Generalrat erklärt, daß der Generalstreik vom Generalrat nicht auf der Basis der Formel der Bergarbeiter erklärt worden ist, sondern auf Grund der Entschliessung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, welche dahin ging, daß die Bergarbeiter in ihrem Kampf gegen eine Lohnherabsetzung, welche einer Entscheidung über das Schicksal des Kohlenberichts vorausgehen würde, von der gesamten Gewerkschaftsbewegung unterstützt werden sollen.

Der Bericht des Generalrats kommt hierauf auf die Möglichkeiten zu sprechen, die für eine Beendigung des Generalstreiks offen standen. Die Samuelsche Formel sei vom Generalrat gebilligt worden, weil sie eine entscheidende Verbesserung gegenüber der vor dem Streik bestehenden Situation dargestellt hätte.

"Aber die Bergarbeiterführer," fährt der Bericht fort, "haben dies Ergebnis verworfen und nunmehr ist es, nach all den Wochen der Empörung, nachdem die britische Gewerkschaftsbewegung teilweise niedergeworfen worden ist und Tausende von Männern . . . gemahregelt worden sind, äußerst zweifelhaft geworden, ob es den Bergarbeitern gelingen wird, auch nur annähernd das zu erreichen, was der Generalrat für sie durchgesetzt hatte."

Der Bericht kommt nunmehr zu den entscheidenden Feststellungen über die Gründe, die ihn zum Abbruch des Generalstreiks veranlaßt haben. Es heißt da:

"Der Generalrat hatte sich davon überzeugt, daß er sich, wie lange er den Generalstreik auch fortführen würde, immer in derselben Lage befinden werde, was die Haltung der Bergarbeitergewerkschaft anbelangt und darum hielt er sich nicht für berechtigt, den Gewerkschaften die weitere Fortsetzung ihres Opfers, auch nur um einen Tag lang, zuzumuten."

Für diesen einstimmig gefassten Beschluß des Generalrats, den Streik abzubrechen, sind eine Reihe von Gründen angeführt worden, wie Angst vor einer Verschlechterung der gewerkschaftlichen Gesetzgebung, vor einer Beschlagnahme der Gewerkschaftsfonds, vor der Verhaftung des gesamten Generalrats und dergleichen mehr. Die Frage, ob die Regierung dergleichen tatsächlich beabsichtige oder nicht, spielte bei der Entscheidung des Generalrats nicht einen Moment lang auch nur die geringste Rolle. Der Generalstreik wurde lediglich aus einem allerdings ausreichenden Grunde abgebrochen, nämlich dem, daß angesichts der Haltung des Bergarbeiterverbandes seine Fortsetzung zwecklos gewesen wäre.

Der Generalrat benötigt wegen der Führung und der Art und Weise der Beendigung des Generalstreiks keiner Entschuldigung. Seine Haltung ist durch die Tatsachen und durch seine Verantwortlichkeit gegenüber der gesamten Gewerkschaftsbewegung gerechtfertigt."

Rachskrist der Redaktion. Dieser von unserem Londoner Korrespondenten übermittelte Auszug aus dem Rechenschaftsbericht von Bromley ist die beste Antwort auf die Ausführungen, die Cool in der „Roten Fahne“ vom Don-

nerstag veröffentlichte. Darin hat Cool den Bericht Bromleys als einen „Bruch der Vereinbarungen“ bezeichnet, nach denen man während der Aussperrung der Bergarbeiter zwischen den einzelnen Gewerkschaften keine Polemik über den Abbruch des Generalstreiks führen sollte. Aber gerade Cool ist es gewesen, der seit der ersten Stunde nach diesem Streikabbruch eine ununterbrochene und maßlose Polemik gegen den Generalrat der Gewerkschaften geführt hat, zur größten Freude der „Roten Fahne“, die seinen Beschimpfungen der übrigen Gewerkschaftsführer breitesten Raum geschenkt hat. Die im obigen Artikel erwähnte Kampfschrift von Cool, „Die neun Tage“ ist zunächst im „New Leader“ als Artikel erschienen und sodann in ganz England als Flugblatt verbreitet worden. Außerdem hat Cool fast täglich Schimpfreden über den „Verrat“ der Generalratsmitglieder an den Bergarbeitern gehalten. Zugleich aber setzte er sich dafür ein, daß der für Ende Juni geplante allgemeine Gewerkschaftskongress, auf dem die Geschichte des Generalstreiks erörtert werden sollte, hinausgeschoben werde, damit sich die von ihm so rücksichtslos Angegriffenen nicht verteidigen könnten; denn er wußte nur zu gut, daß er bei einer solchen Aussprache sehr schlecht abschneiden würde. Trotzdem hat Cool diese von ihm selbst bewirkte Vertagung benützt, um seine infamierenden Angriffe fortzusetzen. Da ist es kein Wunder, daß dem Leiter des Lokomotivführerverbandes, Bromley, die Geduld riß. Uebrigens gehört Bromley, ebenso wie Purcell und Hilds, zu jenen „linken“ Gewerkschaftsführern, die an dem einstimmigen Streikabbruchbeschlusse des Generalrats mitgewirkt haben. Jedenfalls ist Cool der letzte, der ein Recht hat, über „Bruch der Vereinbarungen“ zu klagen.

Cool und die „Rote Fahne“ erheben ferner gegen den ADGB den Vorwurf des Streikbruchs, weil dieser die Ausfuhr von Kohle nach England, insbesondere über Holland, nicht verhindere. Wir wissen nicht, um welche Mengen es sich tatsächlich handelt, aber wenn deutsche Kohle wirklich der englischen Industrie zugeführt wird, so kann das nur mit Hilfe englischer Seeleute, englischer Hafenarbeiter, englischer Eisenbahner und englischer Transportarbeiter geschehen. Es ist einfach sinnlos, wenn Cool und die „Rote Fahne“ den deutschen Arbeiterorganisationen Streikbruchvorwürfe machen, während in England selbst nicht einmal der Versuch gemacht wird, die Kohlen Sperre durchzuführen.

Und schließlich noch ein letztes: Cool hat in der „Roten Fahne“ das Vertrauensvotum des Eisenbahnerkongresses für J. H. Thomas als einen Kundgebung für die Person von Thomas als Sekretär des Verbandes bezeichnet, aber nicht für die Richtigkeit der Haltung des Generalrats bei Abbruch des Streiks. Demgegenüber verweisen wir darauf, daß das Arbeiterorgan „Daily Herald“ vom 7. Juli ausdrücklich feststellt, das Thomas' Erklärung über den Generalstreik und über die darauf folgende Beilegung des Konflikts mit den Eisenbahngesellschaften mit überwältigender Mehrheit gebilligt und daraufhin das Vertrauensvotum für ihn angenommen wurde.

Das Achtstundentagsgesetz angenommen!

London, 8. Juli. (W.B.) Das Achtstundenarbeitsgesetz wurde in dritter Lesung vom Oberhaus angenommen und erhielt die königliche Befestigung.

Die Annahme des Achtstundenarbeitsgesetzes im Oberhaus erfolgte, nachdem die Mitglieder des Oberhauses (Lords), die der Arbeiterpartei angehören, durch ihre Weigerung, ihre Reden zu beenden, die Regierung dazu gezwungen hatten, den Schluß der Debatte zu verlangen. Eine Anzahl Mitglieder des Unterhauses verurteilten Barmhertzen durch ihr Eindringen in das Oberhaus, wo sie riefen: „Vier Stunden für euch und acht Stunden für die Bergarbeiter!“ Es gab noch andere heftige Ausbrüche, als die königliche Genehmigung dem Gesetzentwurf erteilt wurde. Die Mitglieder der Arbeiterpartei unterbrachen lärmend den Vortrag und riefen: Dies ist eine Schande! Dieser Gesetzentwurf ist ein Mord!

Linksregierung in Mecklenburg.

Ministerpräsident Genosse Schröder. — Staatsminister Uch und Möller.

Schwerin, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Eröffnung der Donnerstagssitzung des Mecklenburgischen Landtages stellte der Ministerpräsident mit, daß er sich mit den beiden Demokraten zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen habe. Es wurde dann ein sozialdemokratischer Antrag auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Warke mit Mehrheit angenommen. Der Beschluß ist unverzüglich an den Reichsanwalt nach Leipzig weitergegeben. Man rechnet damit, daß dieser Abgeordnete bereits an der nächsten Sitzung des Landtages teilnehmen kann. Bei der darauffolgenden Wahl des Ministerpräsidenten wurden 49 Stimmen abgegeben (der Landtag zählt 50 Mitglieder), 25 Stimmen entfielen auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Paul Schröder-Rostock, 24 Stimmen auf den früheren Ministerpräsidenten v. Brandenstein. Der neugewählte Ministerpräsident Schröder nimmt die Wahl an. Er ist 51 Jahre alt, war früher Lehrer und seit dem Jahre 1919 Stadtrat in Rostock, bis er 1924 durch die Rechtsregierung abgebaut wurde. Seit 1920 gehört er dem mecklenburgischen Landtag an. Im Anschluß daran erfolgte sofort die Wahl der Staatsminister. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten werden die Abgg. Uch (Soz.) und Dr. Möller (Dem.) mit 24 von 30 abgegebenen Stimmen gewählt. Die beiden Rechtsparteien enthielten sich der Stimme. Auch die Staatsminister nahmen die Wahl an. Die Wahl der Ausschüsse ergibt ebenfalls auf jeden Fall eine Mehrheit für die Regierungsparteien. Ein besonderer sozialdemokratischer Antrag auf Unterstützung der durch die Hochwassererschäden in Not geratenen Einwohner der mecklenburgischen Gebiete an der Elbe wird angenommen und dem Hauptauschuß zur Erledigung überwiesen. Am Freitag erfolgt die Regierungserklärung und die Aussprache des Landtags darüber.

Luther in der Reichsbahn.

In den Arbeitsauschuß gewählt.

Boffsbureau meldet: Vom 6. bis 8. Juli 1926 hielt der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eine laufende Tagung in Hamburg ab. Durch die am 6. Juli seitens der Reichsregierung erfolgte Ernennung des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther zum Mitglied des Verwaltungsrats wurde der durch den Tod des Geh. Rats Arnold freigewordene Sitz wieder besetzt. Dr. Luther wurde in den Arbeitsauschuß des Verwaltungsrats gewählt.

Wegen der Frage der Bestätigung des neugewählten Generaldirektors wurde der Präsident des Verwaltungsrats beauftragt, weitere Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler aufzunehmen.

Der Brief des Reichskanzlers an die preussische Staatsregierung über den Einspruch Preußens gegen die Ernennung Lutheys ist der Öffentlichkeit immer noch nicht übergeben worden.

Nur ein Kommunist.

Drei Jahre Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Leipzig, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Am Mittwoch hatte sich der 26jährige Buchhalter Hermann Rasower aus Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikstufgesetz vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Der Angeklagte wird beschuldigt, gemeinschaftlich in den Jahren 1923—26 unter falschem Namen das hochverräterische Unternehmen gefördert bzw. unterstützt zu haben, indem er als Zerlegungsleiter der kommunistischen Partei in Berlin-Brandenburg tätig gewesen ist. Auch habe er die Funktion eines Zehnerführers gehabt und sei Mitglied des Kontrollauschusses gewesen. Das Gericht verurteilte Rasower der Anklage gemäß zu drei Jahren Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. Die Geldstrafe und fünf Monate werden dem Angeklagten angerechnet.

Schillers Lotte.

Zur heutigen 100. Wiederkehr ihres Todestages.

Obi Leben, dargestellt in Aeußerungen von ihr, über und an sie.)

22. November 1766. Charlotte von Bengelsfeld wird als Tochter des fürstlich Schwarzburg-Rudolstädter Kammerjunkers in Rudolstadt geboren.

1775. Charlotte verliert ihren Vater durch den Tod.

1784. Charlotte sieht zum ersten Male Friedrich Schiller. „Seine hohe, edele Gestalt frappierte uns, aber es fiel kein Wort, das lebhaftesten Anteil erregte.“

Späterherbst 1787. Schiller und Lotte sehen sich wieder. Schiller macht die Schwestern Bengelsfeld, Karoline und Charlotte, mit Don Carlos bekannt. Schiller schreibt: „Beide Bengelsfeld'sche Schwestern haben etwas Schwärmerel, doch ist sie bei beiden dem Verstande subordiniert und durch Selbstkultur gemildert.“

5. April 1788. Lotte an Schiller: „Und auch Sie verlassie ich ungern, denn Ihr Umgang (ich mag nicht Freundschaft sagen, weil Sie das Wort nicht gern haben) hat mir manche Freude verschafft.“

4. Dezember 1788. Schiller an Lotte und Karoline: „Ihre Briefe vertreten jetzt bei mir die Stelle des ganzen menschlichen Geschlechts, von dem ich diese Woche über ganz getrennt gewesen bin.“

1. März 1789. Lotte an Schiller: „Ohngeachtet ich die Menschen recht lieb habe und ihnen alles Gute wünsche, sehe ich sie doch lieber von meiner Stube aus, als daß ich unter sie gehe.“

3. August 1789. Schiller an Lotte: „ . . . darf ich hoffen, daß Karoline in Ihrer Seele gelesen hat und aus Ihrem Herzen mir beantwortet hat, was ich mir nicht getraute, zu geschrieben?“

August 1789. Lotte an Schiller: „Schon zweimal habe ich angefangen, Ihnen zu schreiben, aber ich fand immer, daß ich zu viel fühlte, um es ausdrücken zu können. Karoline hat in meiner Seele gelesen; und aus meinem Herzen geantwortet.“

22. Oktober 1789. Lotte an Schiller: „Wäge der Engel unsrer Liebe Dich begleiten!“

18. Dezember 1789. Schiller an Lottes Mutter: „Ach liebe Lottchen — ach! wie oft war dieses Geständnis auf meinen Lippen, es kann Ihnen nicht entgangen sein.“

21. Dezember 1789. Frau von Bengelsfeld an Schiller: „Da, ich will Ihnen das Beste und Liebste, was ich noch zu geben habe, meine gute Lottchen, geben.“

27. Juli 1790. Charlotte Schiller an ihren Gatten: „ . . . ohne Dich ist das Leben mir nur ein Traum, ich bin nie da, wo ich scheinbar bin, sondern meine Seele, meine besten mächtigsten Gefühle sind nach Dich hin gerichtet.“

1801. Lotte an Schiller: „Ich möchte Dich bitten, mir aus Jena die Schrift von Kant zu schaffen über die Erscheinungen, sie ist hier, aber ich werde sie wohl lange nicht bekommen, die Stein liegt sie.“

1805. Nach Schillers Tod. Charlotte an Schillers Schwester Luise: „Mein Trost, meine Kinder seiner würdig zu bilden, ist noch der einzige, den ich haben kann auf dieser Welt; sie allein halten mich noch am Leben, ich kann sonst nur im Grabe wieder Ruhe finden.“ Später: „Ueber ihn schreiben werden Tausende vielleicht, aber was er war, was er uns, was er mir war, fühlt niemand.“

1821. Charlotte von einer Rheinreise: „Die alten Denkmale der Geschichte, der Kunst haben mich sehr beschäftigt. Die Stufen des Doms, — der selbst wie ein menschliches Werk — nicht vollkommen sein soll, weil er menschlich ist, — haben mich innig oft ergriffen, und wie eine Elegie mich an das Irdische, Vergänglichem gemahnt, dabei über die Kraft des Geistes, die über Welt und Zeit zum Ewigem strebt, auch getroffen.“

Schillers Tochter Emilie nach dem Tode der Mutter Charlotte (am 9. Juli 1826) an die Schwester Karoline am 16. Juli 1826: „Unsere herrliche Mutter, wie herrlich war auch ihr Tod! . . . Wie dankbar müssen wir dem Ewigem für diesen sanften Uebergang zu jenem Leben sein, wo sie nicht allein sein wird; dort ist ja das Teuerste für sie ihr schon vorangegangen . . . Auf dem ganzen Gesichte herrschte eine Milde, die sich nicht aussprechen läßt, man mußte sie sehen.“ H. J.

„Safans Brautnacht“, ein „realistisches Monumentaltanzgemälde“, wie der marxistische Titel lautet, wird jetzt im Rahmen der Aeuere „Berlin ohne Hemd“ in der Komischen Oper gezeigt. Ich sah die Generalprobe, zu der George Blauoale, der Verfasser und Regisseur, geladen hatte. Das Personenverzeichnis nannte: Dr. Faustus, Der galante Junker, Die Oberherge, Mephistopheles, Lanie, Laster, Wollust, Helena von Sparta, Apollodite, Phryne, Astaroth, Obernonne und viele andere. Ort der Handlung: Hegenstanzplatz. Die Handlung selber und die Rollen, die die genannten Personen in ihr spielen sollen, blieben unklar. Choreographisch ein wirrer Tumult, überhitzt, ungegliedert, ungegliedert. Die Bühne war meistens in ein Dunkel gehüllt, das man, nachdem man einige Tanzjungen in Beleuchtung gesehen hatte, als wohlthätig empfand.

Protest Berliner Künstlerverbände. Eine Reihe Berliner Künstlerverbände (Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft, Die Abstrakten, Freie Vereinigung der Graphiker zu Berlin, Künstlervereinigung Berliner Bildhauer, Novembergruppe, Verein Berliner Künstler, Verein der Künstlerinnen) erhebt beim Kultusministerium und beim Landtag Protest gegen die Verlegung des preussischen Kultusministeriums, wonach das Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof im Frühjahr 1927 der Jurgfreie Kunstschau überlassen wird. Sie erklären, die Jurgfreie Kunstschau sei nachweisbar

keine jurgfreie, das Ministerium sabotiere mit seiner Maßnahme die Abhaltung der großen Berliner Ausstellung und die Entscheidung über die Kuppe der Ausstellungsverbände hinweg in der für die Berliner Künstlerkunst wichtigsten Frage bedeute eine unbegründete Brüstlerung.

Eine deutsche Bauausstellung. Berlin ebenso wie Köln bemühen sich, für das nächste Jahr eine große deutsche Bauausstellung zu erhalten. Während Köln für diese Bauausstellung das Westgelände dauernd zur Verfügung stellen will, trägt sich Berlin mit dem Gedanken, der Bauausstellung auch einen internationalen Charakter zu geben. Die Berliner Ausstellung würde dann voraussichtlich erst 1928 stattfinden. Das Ausstellungs- und Reklamé des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat einen besonderen Sachauschuß für diese Ausstellungsfrage eingesetzt, dieser dürfte aber frühestens im Spätsommer zur Entscheidung kommen.

Ein Dorf aus Weinsäffern. Wozu die Prohibition nicht gut ist! Nicht weit von Cleveland im Staate Ohio ist über Nacht ein Dörfchen aus der Erde gewachsen, wie es die Welt bis jetzt wohl noch nicht gesehen hat und das auf folgende Weise zustande gekommen ist. Eine große amerikanische Weinsfirma war offenbar zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Wein als Getränk verurteilt sei, nur mehr eine historische Erinnerung zu sein. So hat sie sich entschlossen, ihre gewaltigen Weinsäffern zu verkaufen. Ein unternehmender Herr aus dem Staate Ohio kaufte 36 dieser Säffer sozusagen für ein Butterbrot und verkaufte sie — selbstverständlich nicht für ein Butterbrot — weiter an Siedler und Touristen als Sommerhäuser. Er behauptet, in einem dieser Säffer den vergangenen Winter verbracht zu haben und versichert, daß man sich keine komfortablere Wohngelegenheit denken könnte. Jedes dieser Säffer faßt — oder faßt wenigstens ehemals — 24 000 Liter und wiegt 7800 Pfund, wird also nicht von jedem ersten besten Tornado durch die Lüfte gewirbelt werden. Ihre Bauart ist höchst solide, weswegen sie schon vor 21 Jahren, als die besagte Weinsfirma sie kaufte, 1200 Dollar kosteten. Heute würden sie auf mindestens 2500 Dollar pro Stück zu stehen kommen. Sie bestehen aus wässiger Erde von zwei bis drei Zoll Stärke und ruhen nun auf kleinen soliden Betonfundamenten, tragen an der Vorderseite außer einem möglichst poetischen Namen zwei kleine Fenster; in die Rückseite ist noch ein Fenster sowie die Tür eingelassen und bergen außer einer Babegelgenheit alles, was der Amerikaner, der ja in engen Räumen zu hausen gewohnt ist, zum Leben braucht: elektrisches Licht, Eisschrank, Schränke, Patentdecken und — wie gelagt — sogar etwas Gemütlichkeit.

Prof. Ewald Dillberg, bisher an der königlichen Kunstakademie in Kassel tätig, ist jetzt an die Weimarer Hochschule für Baukunst und Handwerk berufen worden. Dillberg verlegt auch seine Wohnstätte nach Weimar.

Der höchste Wolkenkratzer, der bisher in den Vereinigten Staaten errichtet worden ist, wird jetzt in Detroit erbaut. Es ist der sog. „Boof Tower“, der von J. B. Boof jun. erbaut wird, der bereits einen ganzen Boulevard der Wolkenkratzer in Detroit geschaffen hat. Der neue Kratzer, der den Mittelpunkt der Detroit-Geschäftsgegend bildet, wird 81 Stockwerke zählen und eine Höhe von 873 Fuß haben. Bisher war der höchste Wolkenkratzer der Vereinigten Staaten das New Yorker Woolworth-Gebäude mit 60 Stockwerken und 792 Fuß Höhe.

Arbeit den Arbeitslosen!

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung.

Das große Arbeitsbeschaffungsprogramm, das der Reichsarbeitsminister in Anlehnung an die Richtlinien des Reichstags zur Beschäftigung der Arbeitslosen am 28. Juni im Reichstags entwickelt hat, ist in den letzten Tagen zwischen den beteiligten Ministerien und dem Reichskabinett eingehend erörtert worden. Die Beratungen haben, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, zu folgendem Ergebnis geführt:

Das Reich ist bereit, der Reichsbahngesellschaft ein Darlehen von 50 Millionen Mark zur Fertigstellung begonnener Bahnbauten unter besonders günstigen Bedingungen zu gewähren. Von diesen Mitteln soll ein möglichst hoher Betrag schon im Laufe d. J. in Bezirken mit besonders großer Arbeitslosigkeit verausgabt werden. Ferner hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn sich bereit erklärt, außer den Aufträgen, die sie bereits herausgegeben hat, weitere Aufträge im Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark zu vergeben, falls das Reich ihr dabei finanziell beihilflich ist. Ueber die Art dieser Hilfe sind die Verhandlungen bereits im Gange. Die neuen Aufträge werden insbesondere der Eisenindustrie zugute kommen. Es ist anzunehmen, daß auch der Verwaltungsrat der Reichsbahn seine Zustimmung zu diesen Maßnahmen erteilen wird.

Auch die Reichspost wird das für dieses Haushaltsjahr aufgestellte Auftragsprogramm, das an sich schon mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit reichlich bemessen war, noch erweitern.

Die Wasserstraßenbauten, die bereits die Genehmigung des Reichstags erhalten haben, sollen beschleunigt und verstärkt zur Durchführung kommen. Im übrigen ist die Reichsregierung grundsätzlich entschlossen, neue Wasserstraßenbauten in Angriff zu nehmen, zu denen insbesondere das Reststück des Mittellandkanals gehört und die Vorarbeiten für die Ausführung dieser Arbeiten so zu beschleunigen, daß sie in Gang gehen können, sobald die erforderlichen Vereinbarungen mit den Ländern getroffen sind.

Ferner soll der Bau von Landarbeiterwohnungen verstärkt betrieben werden. Hierfür werden 30 Millionen Mark in diesem Jahr neu in den Haushaltsplan eingelegt. Weiter sollen die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine wesentliche Verstärkung über das im Haushalt vorgesehene Maß hinaus erfahren.

Eine Belebung der Bautätigkeit soll durch Erleichterung der Bedingungen für den Reichsredit für erste Hypotheken und durch Verstärkung der Mittel für die Hauszinssteuerhypotheken erreicht werden.

Die beschlossenen Maßnahmen haben die Zustimmung des Reichsfinanzministers gefunden, weil die gegenwärtige Lage des Geldmarktes die Möglichkeit eröffnet, Mittel für werbende Anlagen, wie sie hier überwiegend in Frage kommen, im Wege der Anleihe zu beschaffen, und weil der Rückgang der Erwerbslosen die Ausgaben für Unterstützung verringert und damit die laufenden Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden vermindert. Die bis jetzt gefassten Beschlüsse werden die Arbeitslosigkeit zwar nicht beseitigen, aber immerhin in merklichem Umfang lindern. Auf jeden Fall ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mit ihnen noch nicht erschöpft. Zu seiner weiteren Durchführung ist die von dem Reichsarbeitsminister in seiner Reichstagsrede angekündigte Ministerialkommission eingesetzt und mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet worden. Sie wird in enger Fühlung mit den Regierungen der Länder vorgehen.

Da die Reichsregierung selbst zugibt, daß das skizzierte Arbeitsbeschaffungsprogramm nur einen Anfang darstellt, darf man erwarten, daß in nicht allzu ferner Zeit dem ersten Schritt ein zweiter folgt. Ob die angekündigte „Ministerialkommission“ dem wirtschaftlichen Generalstab entspricht, wie er von den Gewerkschaften und auch von der bürgerlichen Presse gefordert wird, ist zweifelhaft. Die Ministerialkommission braucht eine Ergänzung durch Gewerkschafts- und Wirtschaftsführer. Diese Ergänzung darf natürlich den Stab zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht schwerfällig machen. Jedenfalls darf man sich darüber nicht täuschen: die Bürokratie allein schafft es nicht.

Am Donnerstag fand in Berlin eine Besprechung der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister statt. Zweck der Besprechung war Stellungnahme zu dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, Klärung der Finanzierungsfrage und Sicherung einer möglichst wirtschaftlichen Verwendung der vom Reich und den Ländern gegebenen sowie im Anleihenwesen beschafften Gelder zur Durchführung des Arbeitsprogramms für die Erwerbslosen.

Versamlungsverbot in Breslau.

Ausfahrungen. — Der Polizeipräsident verbietet öffentliche Demonstrationen.

Nach einer W.B.-Mitteilung aus Breslau hat der dortige Polizeipräsident alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Anlaß dazu boten Ausfahrungen, an denen neben roten Frontkämpfern auch Reichsbannerleute beteiligt gewesen sein sollen.

Die polnischen Wanderarbeiter.

Reichsregierung für ratenweisen Abbau.

Zur Klärung der deutsch-polnischen Saisonarbeiterfrage hat die Regierung jetzt einen Entwurf fertiggestellt, der dieser Tage der polnischen Regierung zugegangen ist. Der Entwurf sieht einen ratenweisen Abbau der polnischen Wanderarbeiter in Deutschland vor, die über die Saison hinaus in Deutschland verbleiben sind. Die Zahl dieser Wanderarbeiter wird von der Regierung auf 70 bis 80 000 geschätzt. Dieser ratenweise Abbau der über die Saison hinaus in Deutschland verbleibenden polnischen Wanderarbeiter ist keine Ausweisung, da diese Arbeiter später wieder im Rahmen der bewilligten Kontingente nach Deutschland kommen können.

Bisher hat die polnische Regierung, die der Meinung ist, daß der größte Teil der in Deutschland verbleibenden polnischen Arbeiter nicht mehr die polnische Staatsangehörigkeit hat, die Klarstellung der Staatsangehörigkeit der fraglichen Saisonarbeiter immer wieder verschleppt. Nach dem Abschluß des provisorischen Wanderarbeiterabkommens vom Januar d. J. sollte im April eine grundsätzliche Klärung herbeigeführt werden. Leider konnten die polnischen Unterhändler weder damals noch später zu den in Aussicht genommenen Verhandlungen eintreffen.

Die Handelsvertretung der UdSSR.

Ihr Kampf gegen die Korruption.

Eigentlich begann dieser Kampf schon am ersten Tage des Bestehens der Handelsvertretung in Berlin. Landsteute, die die Praktiken der Sowjetinstitutionen in ihrem Heimatlande kannten, wie auch die deutschen Firmen, denen diese Gewohnheiten nicht fremd waren, sagten sich: die einen — hier ist was zu holen; die anderen — geben wir den Sowjetangestellten der Handelsvertretung nichts zu verdienen, so werden wir mit Russland, dessen Handel mit Deutschland allein durch die Handelsvertretung geht, nie Geschäfte machen. Also müssen wir uns der Landsteute der Sowjetrussen bedienen, die als Vermittler die persönlichen Beziehungen zu den Gewaltigen der Handelsvertretung besitzen.

So ging es von den ersten Tagen an. Aber noch nie war die Korruption so groß wie in den letzten Monaten. Sie wuchs im direkten Verhältnis zu den Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland. Sie erreichte ihren Höhepunkt als die Dreihundertmillionenkredite perfekt wurden: die Vermittler überschmeimten förmlich die Handelsvertretung. Da kam diese, wie bereits berichtet, auf den Gedanken, die Vertreter der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zu einer Besprechung über das parasitäre Vermittlerum in Geschäften mit Russland einzuladen. Aus dem Vortrag des Generalsekretärs der Handelsvertretung konnte man aber den Eindruck gewinnen, als trügen die deutschen Firmen die Schuld an dieser parasitären Vermittlerwirtschaft.

Die Offenheit ist ja bekanntlich die beste Verteidigungsmethode. Und gerade die Schilderung der Kutister-Korruption, wie dieser Ergoaner die deutschen Firmen mit seinen Kennzeichen über Beziehungen zu den Sowjetgrößen überdölpelt habe, war geeignet, den Anfeindern zu erwecken, als wäre es die alleinige Schuld der deutschen Firmen, daß sie auf den Sirenenfang eines gerichtsnotorisch feststehenden Hochstaplers wie Kutister hineingefallen seien.

Da verlohnt es schon der Mühe, auf Grund des Materials, das von den Zeitungen „Dni“ und „Kul“ veröffentlicht worden ist, ein wenig in die Zustände der Berliner Handelsvertretung hineinzuleuchten und den Nachweis zu führen, daß die deutschen Firmen gewissermaßen gezwungen waren, zu dem korrupten Vermittlersystem zu greifen, wenn sie überhaupt Aufträge erhalten wollten.

Eigentlich dürfte man annehmen, daß gerade bei dem System der Verteilung von Aufträgen, das von Moskau aus vorgeschrieben ist, jegliche Korruption ausgeschlossen sein mußte. Die Instruktionen lauteten ja: erstklassige Waren aus ersten Händen, keine Vermittler, schriftliche Verpflichtung, keine Schmiergelder zu zahlen. Die Aufträge sollten den Firmen auf Grund eines freien Wettbewerbs vergeben werden. Offerten, die die beste Qualität, die billigsten Preise und die günstigsten Kreditbedingungen aufwiesen, hatten den Vorrang zu erhalten. Die Wahl sollte von einem Kollegium der höchsten Angestellten getroffen werden. Wo blieb also hier noch Raum für eine Korruption, für das berüchtigte Schmiergeldersystem?

Die Technik der Korruption.

In Wirklichkeit aber hat die langjährige Praxis eine ebenso schlaue wie geistreiche Technik herausgearbeitet. Sie sah folgendermaßen aus: Der Auftrag aus Moskau galt nach seinem Eintreffen als „Geschäftsgeheimnis“, das allein dem verantwortlichen Leiter der Abteilung bekannt war. Er teilte dies Geheimnis, im Vertrauen natürlich, seinem „Spez“, d. h. Sachmann oder bzm. jemand anderem mit. Dieser setzte sich mit dem sogenannten Vermittler, einer untergeschobenen Person, in Verbindung, die ihrerseits wieder an irgendeine Firma herantrat. Sobald dieser Vermittler die schriftliche Verpflichtung für die Kommissionszahlung in der Tasche hatte, hörte die Notwendigkeit der Geheimhaltung des Auftrages auf und der freie Wettbewerb konnte ausgeschrieben werden. Die Firmen, im ehrlichen Glauben, es handle sich wirklich um einen freien Wettbewerb, nahmen sich die große Mühe, ausführliche Offerten einzureichen. Wenn aber irgend eine von diesen günstiger ausfiel als die Offerte der Firma, mit der das geheime Abkommen abgeschlossen war, so wurde diese durch den Vermittler benachrichtigt. Sie reichte eine neue Offerte ein, die die günstigste des anderen übertrumpfte, eventuell auf Kosten der Qualität der Ware. Die frühere Offerte wurde vernichtet. Der Sachverständige, der selbstverständlich eingeweiht war, erstattete das erforderliche Gutachten. Da das Kollegium zu einem großen Teile aus Leuten bestand, die auch selbst in gleicher Weise an ihren Abteilungen interessiert waren, so wurde die Offerte ohne weiteres angenommen.

Diese Technik der Bestechungen konnte den deutschen Firmen für die Dauer natürlich nicht verborgen bleiben. Das führte dazu, daß sie durch ihre Vertreter versuchen, an die kleinen Beamten heranzutreten und von ihnen über die aus Moskau eintreffenden Aufträge wie auch über die Offerten Bescheid zu erhalten. So zog die Korruption immer weitere Kreise. Die

Schmier- oder Kommissionsgelder betragen bis zu 20 Proz. und wurden selbstverständlich auf den Preis aufgeschlagen.

Die Revisionskommission in Berlin.

Moskau mußte natürlich über diese Zustände Bescheid. Die verantwortlichen Beamten in der Handelsvertretung standen in Berlin unter ständiger Kontrolle; immer wieder trafen aus Russland Revisionskommissionen ein. Es half nichts. Eine ganz außergewöhnliche Höhe erreichte aber die Korruption in diesem Frühjahr — Hunderttausende von Mark wurden eingekassiert. In einem Café auf dem Kurfürstendam herrschte ein reges Schlemmerleben. Da traf Mitte Mai im Auftrage der Arbeiter- und Bauerninspektion Genosse Kaimann mit einem ganzen Stab von Mitarbeitern ein. Die Buchführung, die technischen wie die Finanzoperationen wurden einer gründlichen Revision unterzogen. Die Beschlüssigten der verschiedenen Abteilungen mußten über ihre Einkaufstätigkeit in den letzten zwei Jahren genauest Bericht erstatten. Die Folge war, daß an eine Reihe höherer Beamten die Aufforderung erging, nach Moskau zu reisen, um dort über ihre Tätigkeit Rechenschaft abzulegen. Einige von ihnen weigerten sich, der Einladung Folge zu leisten. Sie mußten, was ihnen dort blüht.

Einzelfälle.

Nur einige Episoden zur Illustration. Am 8. Mai wurde laut Befehl Nr. 72 der verantwortliche Leiter einer Abteilung Sch. plötzlich seines Postens entsetzt. Er hatte bereits für Millionen Mark von deutschen Firmen laut Offerten Papier entgegengenommen. Da erkrankte der Angestellte, der die Ueberwachung der Papierlieferungen zu bewerkstelligen hatte. Der neue Beamte stellte fest, daß das Papier völlig untauglich sei. Sch. hatte sich geweigert, die Reise nach Moskau anzutreten. So lag er und kann nun von seinen Reueuen ein friedliches und geschäftstüchtiges privates Dasein führen. In einem anderen Falle sind bei einer Zuckertlieferung von 1 1/2 Millionen Goldmark 92 000 Mark Provision gezahlt worden. Der Sekretär der Einkaufsabteilung soll 15 000 Mark verdient haben und anstatt nach Moskau zu reisen, es vorgezogen haben, eine hoch elegante Familienpension in Berlin zu eröffnen. Aus der Zahl der nicht nach Russland Zurückkehrenden wird er wohl sofort einen reichen Zulpruch gesunden haben. Der Leiter der Textilabteilung soll in seinem Heimatlande sofort festgesetzt, der Direktor der Textilabteilung Kilewisch soll seines Postens enthoben worden sein.

Sich über die Ausmaße der Korruption eine richtige Vorstellung zu machen, ist natürlich unmöglich. Nur soviel ist bekannt, daß die Reinigung, die immer wieder im Laufe dieser Jahre vorgenommen wurde, jetzt in eine Generalkreinigung umgeschlagen ist. In erster Linie sollen alle die aus der Handelsvertretung verschwinden, denen es gelungen war, mit ihren Familien aus Russland zu emigrieren und in der Handelsvertretung Anstellung zu finden. Da sie in der Person ihrer nächsten Verwandten in Russland keine Geiseln aufzuweisen haben, sind die Moskauer Gewalttäter ihnen gegenüber in Berlin machtlos. Sie fühlen sich hier lieber und pfeifen auf die Moskauer Befehle — insbesondere wenn sie gut verdient haben.

Jedenfalls ist es jetzt klar, weshalb die deutschen Firmen einfach gezwungen waren, sich dem Korruptionssystem anzupassen. Wer nicht mithalten wollte und nicht raffiniert genug war, der hatte eben das Nachsehen.

Es wäre selbstverständlich eine Uebertreibung, zu behaupten, daß alle höheren Angestellten der Handelsvertretung für Schmiergelder empfänglich seien oder daß Geschäfte nur auf diesen beschriebenen Weise getätigt worden wären. Im Gegenteil, es ist in der Geschäftswelt allgemein bekannt, daß von den Spitzen der Handelsvertretung gegen die dort herrschende Korruption seit jeher der schärfste Kampf geführt wird und daß es Abteilungen gibt, zu denen die deutschen Firmen auf normalem Wege Zugang finden. Wenn aber selbst ein Kutister, der monatelang in Untersuchungshaft gewesen ist, der durch den Verdacht ungedeuerer Betrügereien befaßt war und dessen Prozeß bevorstand, für angelegene Firmen gut genug war, um sich seiner zwecks Geschäfts-anbahnung zu bedienen, so ist hierdurch nur ein übriges Mal der Beweis geliefert, in welchem Maße in der deutschen Geschäftswelt die Ueberzeugung Platz gegriffen hat, daß auf andere Weise Geschäfte mit der Handelsvertretung einfach nicht zu machen seien. Im Interesse der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland wäre es nur erwünscht, daß die offiziellen Sowjetorgane rücksichtslos in aller Öffentlichkeit das Geschwür der Korruption aufstechen, und daß es ihnen gelänge, den Augiasstall auszumisten.

Landtagschluß.

Ferien bis zum 21. September.

Im Landtag wurde gestern noch ein demokratischer Antrag angenommen, dahin auf die Reichsregierung einzuwirken, daß bei dem Abschluß von Handelsverträgen der Zoll auf Futtermittel unter keinen Umständen über den Mindestsatz von einer Mark erhöht wird. — Für diesen Antrag stimmten auch die Deutsch-nationalen und die Deutsche Volkspartei.

Angenommen wurde auch ein Antrag des Landwirtschaftlichen Ausschusses, das Staatsministerium zu ersuchen, zum Zwecke der Beschäftigung deutscher Landarbeiter in stärkerem Maße Mittel zur Gewährung von Beihilfen zum Bau von Landarbeiter- und Landhandwerker-Wohnungen und Eigenheimen zu gewähren und die Kreise, Gemeinden und Gutsbezirke zu veranlassen, zum Bau von Landarbeiter-Eigenheimen kostenlos oder doch zu einem erheblich verbilligten Preis Grund und Boden zur Verfügung zu stellen.

Dann werden die zurückgestellten Erwerbslosenanträge erledigt. Das Haus stimmt mit großer Mehrheit dem umfassenden Ausschuhprogramm zu. Gegen den Protest der Kommunisten wird über den kommunistischen Antrag, den Erwerbslosen sofort eine einmalige Beihilfe von 100 Mark pro Kopf auszusprechen, nicht gleich entschieden; der Antrag geht vielmehr an den Hauptauschuß.

Nachdem das Haus noch eine Reihe von kleineren Beamtenanträgen erledigt hat, entläßt Präsident Bartels die Abgeordneten mit den besten Wünschen für die Sommerferien.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 21. September. Tagesordnung und Sitzungsbeginn wird dem Präsidenten zur Festsetzung überlassen.

Gefängnisfürsorge.

Ein Strafgefängnis ohne Arzt.

Das Strafgefängnis Spandau mit noch über 250 Gefangenen ist seit dem 1. Juli ohne ärztliche Versorgung. Der Grund hierfür liegt darin, daß sich kein Arzt für die von der Justizverwaltung ausgeworfene Bezahlung von sechs (!) Mark pro Kopf und Jahr bereit findet und dazu hergeben darf, dort tätig zu sein.

Die Justizverwaltung spart am unrechten Ort. Darauf haben wir schon unlängst hingewiesen, als sie einem jungen Assistenzarzt

die aus dem Prozeß Höffe unrühmlichst bekannt gewordene bedeutungsvolle Stelle am Moabit Gefängnislazarett vertretungsweise übertrug.

Wirtschaftsparlament in Spanien.

De Rivera wünscht die Diktatur zu befestigen.

Madrid, 8. Juni. (E.P.) Die Nationalversammlung der Patriotischen Union hat unter dem Vorsitz Primo de Riveras ihre Arbeiten beendet. Sie hat besonders über die Verfassungsreform beraten. Es ist im Prinzip beschlossen worden, am 13. September ein Wirtschaftsparlament von 300 Abgeordneten einzuberufen, das an die Stelle des früheren politischen Parlaments treten und Vertreter aller Wirtschaftsverbände und sozialen Gruppen umfassen soll. Das Parlament kann der Regierung Vorlagen unterbreiten, ohne daß aber diese Vollmacht über Vorkerbereitungen hinausgeht.

Rumäniens Opposition setzt sich zur Wehr.

Liga gegen den Terror in Bukarest.

Bukarest, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Kampfbare Genossen der rumänischen Sozialdemokratie haben zusammen mit bürgerlichen Politikern der oppositionellen Liga und mit Vertretern der Universitäts- und Akademie eine Liga gegen den Terror ins Leben gerufen. Die Gründer wenden sich in einem Aufruf an die Öffentlichkeit und stellen fest, daß die Liga die eine über den Parteien stehende Organisation sein werde, ins Leben gerufen worden sei, um gegen die unerhörten Ausschreitungen der Verwaltung, gegen die Rechtslosigkeit, der die Bürger ausgeliefert sind, Stellung zu nehmen und die Bürger dagegen zu schützen.

Das Wahlprüfungsgericht beim Preussischen Landtag hat am Donnerstag mit der Prüfung der Landesliste seine Arbeit abgeschlossen. Es hatte namentlich zu entscheiden, ob die durch anderweitige Verrechnung sozialdemokratischer Stimmen in den Wahlkreisen von der sozialdemokratischen Landesliste 5 oder nur 4 Kandidaten als gewählt gelten sollen. Die Nachprüfung ergab, daß an der erforderlichen Zahl für das fünfte Mandat 875 Stimmen fehlen. Infolgedessen fällt das Mandat des Ministerialrats im Preussischen Ministerium des Innern Dr. Badt mit dieser Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts fort.

25 Millionen für Berliner Wohnungen.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 7. Juli die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung betreffend Maßnahmen zur Linderung der Berliner Wohnungsnot beraten und ihnen mit einigen Ergänzungen bzw. Erläuterungen zugestimmt. Danach sind zunächst die im Beschluß der Stadtverordnetenversammlung bewilligten 25 000 000 Mark auch vom Magistrat bewilligt. Bisher standen nur 10 000 000 Mark im Etat 1926, es treten also 15 Millionen neu hinzu. Von den 25 Millionen sind 15 Millionen Mark für Zuzahlungshypotheken zum Bau von Wohnungen für unbemittelte und kinderreiche Familien umgehend bereitzustellen.

Ferner sollen verwandt werden: 1 1/2 Millionen Mark als Arbeitsgehilfen für wohnungsbedürftige städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter, 230 000 M. als zinslose Darlehen für erblindete Kriegsteilnehmer und 2 Millionen Mark als Darlehen zur Wiederherstellung von Verfallwohnungen. Diese Mehrbeträge sollen in Form einer Anleihe bei der städtischen Sparkasse aufgenommen und allmählich nach Maßgabe des tatsächlich eintretenden Bedarfs angefordert werden. Der dann noch verbleibende Rest von 6,27 Millionen Mark soll bis zum Februar 1927 für Zuzahlungshypotheken des nächsten Baujahres bereitgestellt werden. Hinsichtlich der von den Stadtverordneten beschlossenen Bekämpfung des Baustoffwuchers hat der Magistrat ebenfalls Stellung genommen. Da der Stadt jede rechtliche Handhabe oder sonstige gezielte Einwirkung fehlt, soll die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. angewiesen werden, die von ihr bisher bewirkte Vermittlung von Baustoffen an die ausführenden Baufirmen beizubehalten, um so, wenn nötig, etwa in die Erscheinung tretenden Preistreibern entgegenwirken zu können. Schließlich beschloß der Magistrat im Zusammenhang hiermit, bei dem Bau von Wohnungen in geschlossenen Blöcken größeren Umfangs einen etwa dadurch entstehenden Bedarf an Schulgrundstücken in Berücksichtigung zu ziehen. Die Neuschaffung von Schulräumen selbst ist von Fall zu Fall durch Fühlungnahme mit der Schulverwaltung vorzubereiten.

Es ist erfreulich, daß der Magistrat durch diese Beschlüsse die Widerstände beseitigt hat, die lange Zeit sich in seinem Schoße gegen eine energische Wohnungsbaupolitik in Berlin geltend gemacht haben. Tatsächlich ist Berlin infolge seiner Finanznot auf diesem wichtigsten Gebiete kommunaler Betätigung erheblich hinter anderen Städten zurückgeblieben. Auch das, was jetzt beschlossen ist, bedeutet trotz der hohen Ziffern noch keine entscheidenden Maßnahmen. Es muß im Auge behalten werden, daß es sich bei den 25 Millionen um Anleihe-mittel handelt, während unbedingt durchgeführt werden muß, daß größere Mittel für den Wohnungsbau neben Anleihemitteln auch aus dem ordentlichen Etat entnommen werden. Die Aufnahme solcher Beträge auf dem Anleihewege bedeutet sowieso für die Zukunft eine gewisse Belastung der ordentlichen Ausgaben, weil die Stadt zirkuläre 4 Proz. Zinsdifferenz für lange Zeit zu ihren eigenen Lasten übernehmen muß. Boreits im eben verabschiedeten Haushaltsplan befindet sich eine Position von 400 000 M., die der Zinsverbilligung der in den Vorjahren aufgenommenen Darlehen bei der Berliner Sparkasse dienen. Berlin ist auf dem Gebiet des Wohnungsneubaus besonders dadurch so außerordentlich benachteiligt, daß ihm von seinem eigenen gewaltigen Aufkommen aus Hauszinssteuerhypotheken nur ein geringer Teil zur Verfügung gestellt wird. Solange der preussische Landtag die unerhörte Benachteiligung der Großstädte zugunsten des platten Landes nicht ändert, wird es sehr schwer halten, die in Berlin immer stärker werdende Wohnungsnot so zu mildern, wie es notwendig ist. Die schönsten Reden über die Notwendigkeit der Siedlung auf dem Lande können nun einmal über die Tatsache nicht hinweghelfen, daß Berlin einen dauernden Wanderungsgewinn zu verzeichnen hat, der im Vorjahre bekanntlich sich auf zirkuläre 80 000 Zuglebende belief. Mit dogmatischen Ermahnungen über Zentralisation der Großstädte, wie sie in manchen Ministerien gang und gäbe sind, werden diese Tatsachen nicht aus der Welt geschafft. Auch die Regierungsstellen werden sich endlich

entschließen müssen, mit Tatsachen und nicht mit Theorien zu rechnen und die Bedürfnisse der Viermillionenstadt zu befriedigen. Die sozialdemokratische Rathausfraktion wird jedenfalls unmittelbar nach den Ferien einen neuen Vorstoß unternehmen, um den Magistrat nicht nur zur Aufstellung eines besonderen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Berliner Stadtverwaltung zu drängen, sondern um auch einen vertretbaren Wohnungsbauplan für mehrere Jahre festzulegen.

Der Kampf um die neue Berliner Grundsteuer.

Eine Reihe bürgerlicher Zeitungen hatte mitgeteilt, daß der Magistrat die von der Einkammergeit der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschlossene neue gestaffelte Grundsteuer noch nicht dem Oberpräsidenten zur Genehmigung vorgelegt habe. An diese Mitteilung waren Bemerkungen darüber geknüpft, daß der Magistrat dieser neuen Steuerordnung noch nicht beigetreten sei und daß er sie bekämpfen wolle. Das ist, wie wir festgestellt haben, vollkommen abwegig. Die Steuerordnung ist im Magistrat verabschiedet und inzwischen dem Oberpräsidenten zugeleitet. Die Verzögerung der Abgabe an die Aufsichtsbehörde erklärte sich aus rein formalen Gründen. Man wird gespannt sein können, ob der Oberpräsident es magt, dieser neuen sozial gerechteren Staffelung zu widersprechen.

Wechselnde Konjunktur.

„Sahne-Eis... Sahne-Eis, mit echter Sahne hergestellt, zerschmilzt auf der Zunge!“ Wie eine Litanei betet der Herr mit der weißen Schürze und dem modernen Oberhemd diese Worte herunter. Er lehnt sich an seinen Wagen, einen kleinen Handwagen, und sieht verächtlich den „Niegenden Rotoreisständen“ nach, er hat es nicht nötig, sich ein Miniaturautomobil anzuschaffen und den Kunden nachzurasen, sie kommen von selbst zu ihm. Ja, Wurstimage mit dem geschäftstüchtigen Gesicht ist heute der gefischteste Mann von Berlin, er hat während des Sommers den Beruf gewechselt und er weiß, wie er die Menschen fangen muß. Entschieden die äußere Aufmachung? Reineswegs, die Qualität ist allein ausschlaggebend, und an der ist bei Wurst nicht zu lippen. Und dann die geringen Betriebskosten, was kostet denn schon die Unterhaltung des kleinen Wägelchens, nichts im Vergleich zu den Kosten, die die Autoprophen haben. Aber man muß sich anstrengen. Die „heißen Festtage“ für seine finanzielle Ernte sind bald vorüber. Weisens hat er ständige Laufkundschaft. Ab und zu als „Stamm“ ein kleines Mädchen mit blondem Baumelzopf, das ihm am Tage mehrmals immer wieder „diesmal bestimmt“ den letzten Groschen in die Hand drückt. Alles ist vergänglich. Das schön geforderte Eis gerinnt unter sengenden Sonnenstrahlen und Durst lechzenden Jungen. Bald freieren die Menschen wieder. Dann kommt auch für „ihn“ wieder nach geldbringender Saisonarbeit das Alltagsgeschäft des organisierten Wurstimage, kein angenehmer Beruf, Nacht für Nacht. Wozu philosophieren? „Sahne-Eis — Sahne-Eis! für einen Groschen, zwei Groschen...“ Es klumpert im Geldkasten. Das Eis hat sich mit Hilfe der Sonne in Melas verwandelt. Eine seltsame Verwandlung, gegen die selbst die Goldmacherei Nietzsche-Stammzeichens ein wahres Kinderspiel ist.

Verstärkte Kirchenaustrittsbewegung.

Wie uns aus Kreisen mitgeteilt wird, hat die Haltung der Kirche in der Frage der Fürsienabnahme erheblichen Unwillen in den Reihen der wertvollen Bevölkerung hervorgerufen. Am deutlichsten wird dieser Unwille sichtbar in einer verstärkten Kirchenaustrittsbewegung, die seit dem Volksentscheid Platz gegriffen hat. Man kann sich von dem Umfang dieser Bewegung einen ungefähren Begriff machen, wenn man die Amtsermittlungsstellen aufsucht, in denen der Kirchenaustritt vollzogen wird. Weil nun viele wegen dieses Andranges ununterrichteter Seelen wieder nach Hause gehen müssen und viele den Kirchenaustritt nur deswegen nicht vollziehen, weil sie den Weg zum Amtsgericht scheuen, haben freiwillige Bewegungen für das Publikum eine besondere Wichtigkeit des Kirchenaustrittes geschaffen. So kann z. B. in den Geschäftsräumen des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung, Berlin N.D. 13, Friedenstraße 60, jeden

Dienstag und Freitag abend von 7 bis 8 Uhr der Kirchenaustritt gegen eine sehr mäßige Gebühr von einem Notar vollzogen werden. Es ist nur notwendig irgend eine Legitimation mitzubringen.

Auch ein Brandstifter.

Weil er vier Mark Meldungshonorar haben wollte.

Eine mehr als eigentümliche Angelegenheit: Vor dem Landgericht II steht ein Angeklagter. Er hat sich zu verantworten, weil er Brandstiftungen beging, um vom „Vokal-Anzeiger“ vier Mark Meldungshonorar zu erhalten. Beim erstenmal, im Dezember 1925, steckte er die Beilage des „Karlshorster Anzeiger“ auf der Treppe des dritten Stocks in Brand, bekam es aber dann mit der Angst zu tun, wartete ab, bis das Papier verkokelt war und machte sich aus dem Staube. Beim zweitenmal, im Februar dieses Jahres, steckte er das brennende Zeitungspapier zwischen Käufer und Fußboden, wartete ab, bis beide zu qualmen begannen und ging schlafen, nachdem er sich überzeugt hatte, daß ein Feuer nicht mehr entstehen würde. Seine Meldung wurde diesmal vom „Vokal-Anzeiger“ nicht angenommen. Beim drittenmal im April war er gegen 1 Uhr nachts von einer Kneiperlei nach Hause gekommen. Er ging auf den Boden, steckte dort Holz in Brand. Die Flamme will er hinterher erstickt haben. Um 1/3 Uhr erwachte er plötzlich von einem lauten Geräusch. Es stellte sich heraus, daß unterdessen die Feuerwehr alarmiert worden war und daß sie eine Viertelstunde gebraucht hatte, um das Feuer zu löschen. Diesmal erhielt er für seine Meldung vom „Vokal-Anzeiger“ die vier Mark. Alle drei Brandstiftungen hatte er in Hause unternommen, in dem er seit 10 Jahren mit seinen Eltern wohnte.

Noch eigentümlicher erscheint aber der Fall, wenn man dem 27-jährigen jungen Menschen genau unter die Lupe nimmt. Da stand er gestern vor dem Gericht wie ein armer Sünder mit reinem blassen Gesicht, hohlwangig, stehenden Augen und betonte sich zu seinen Liebelaten. Er beichtete sein verheulenes Leben. Sein Vater, der Monteur K., hatte ihn auf das Realgymnasium geschickt, wo er mit Erfolg das Einjährige absolvierte. Bierjährig kam er in die Kaufmannslehre in eine Tuchfabrik. Hier spielte er alle auf der Rennbahn, vom Direktor bis hinab zum Schilling. Die Leidenschaft anderer fiel bei ihm auf günstigen Boden. Er tat mit. Dann lernte er ein Mädchen kennen, wurde von ihr in das Haus ihrer Eltern eingeführt, erhielt von seinem zukünftigen Schwiegervater eine Vertrauensstellung und mißbrauchte sie, indem er 150 M. unterschlug — so oerlor er Braut und Stellung. Eines Tages hörte er bei einem Autozusammenstoß, wie jemand sagte: „Wenn ein Telephon in der Nähe wäre, könnte ich vier Mark Meldungshonorar verdienen.“ Da ging er und telephonierte an eine Köpenicker Zeitung. So wurde er „Zeitungsmensch“. Er arbeitete zuerst an dem Blatte „Südosten“, ging später zu deren Konkurrenz, dem „Köpenicker Tageblatt“, als Redakteur über und schließlich zum „Karlshorster Anzeiger“ als Leiter der Ressorts für Lokales und Sport. In Karlshorst spielte er natürlich mit Leidenschaft beim Rennen. Das Gehalt war ihm aber zu gering. Es gab auch zu wenig Sensationen. Die Brandstiftungsepisode hatte eben aufgehört. So kam er auf die Idee, eine ungefährliche Brandstiftung zu verüben. Diese brachte ihn auf die Anklagebank. Etwas stimmte bei der Sache nicht, das schien klar. Beim Angeklagten stimmt nämlich etwas nicht. Seine erste Strafe hatte er erhalten, weil er im Wagen II. Klasse drei Stücke Kunstleder zu einer Brietschale ausgefälscht hatte. Seine zweite wegen Erregung öffentlicher Aergernisse und nun erst diese böden Brandstiftungen eines sonst intelligenten Menschen. Der Psychiatrer fehlte jedoch. Und doch tauchte die Vermutung auf, ob hier nicht ungelunde Hintergründe lauern. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Das Gesetz kennt in diesem Falle nur Zuchthaus. Man sah es den Richtern an: das Urteil war ihnen nicht leicht geworden.

Kaisertreue Sternschiffahrt.

Von Wilhelm dem Seften wollen selbst überzeugte Monarchisten nichts mehr wissen. Nur noch als Reklameaushängeschild und als Lockmittel für den „Anterion“ wird er in voller Uniform ins Fenster gestellt, wird auf Sportplätzen und bei patriotischen Paraden mit seinen Ablegern Staat gemacht. Auch die Stern dampfergesellschaft bemüht seit Jahren das „Nationalesmp-

Der Wobblly.

27] Von B. Trauen. Copyright by Buchverlag, Berlin und Leipzig.

Mr. Pratt schweig eine Weile, dann nahm er sein Notizbuch, rechnete und sagte: „Ich habe zwei Weisen vom Markt, wo ich sie zum Verkauf bringen will, eine Weide gepachtet. Sie ist ausgezäumt. Wenn ich die Herde in der Weide halten kann, brauche ich nicht die Preise zu nehmen, sondern kann meinen Vorteil wahrnehmen, bis man mir kommt. Wahrscheinlich kriegt ich mehrere Schiffsladungen in Auftrag. Andernfalls verkaufe ich buhendweise. Macht bessern Preis, als wenn ich die ganze Herde auf einmal loschlagen muß. Ich werde mal sehen. Ich habe einen guten Kommissionär da, der schon jahrelang mit mir arbeitet und immer gute Preise geholt hat.“

„Das ist alles ganz gut.“ flucht ich ein, „aber das alles hat nichts mit meinem Kontrakt und mit meiner Prämie zu tun.“

„Well, für jeden Kopf, den sie gesund durchkriegen, bezahle ich Ihnen extra sechzig Centados. Wenn Sie weniger als zwei Prozent Verlust haben, noch einmal hundert Pesos.“

„Und das Risiko?“

„Was Sie mehr verlieren als zwei Prozent, dafür ziehe ich Ihnen pro Kopf verlorenes Vieh fünfundsanzig Pesos ab.“ sagte Mr. Pratt.

„Warten Sie einen Augenblick.“ sagte ich. „Ich rechnete rasch auf einem Zeitungsrand und antwortete dann: Abgemacht. Einverstanden. Geben Sie mir den Kontraktzettel.“

Er riß ein Blatt aus seinem Büchlein aus, schrieb mit Bleistift die soeben vereinbarten Bedingungen auf, unterschrieb den Zettel und gab ihn mir.

„Ihre Adresse?“

„Meine Adresse?“ sagte ich. „Ja, meine Adresse, das ist so eine Sache. Sagen wir hier, sagen wir: Hotel Palacio.“

„Gut.“

„Wie ist denn das? Ist der Transport schon ausblockiert?“ fragte ich.

„Rein, es ist noch nicht ein Kopf ausblockiert. Wir nehmen einen kleinen Prozentfuß Einjährige und in der Masse Zwei- und Dreijährige. Vierjährige habe ich nicht viel. Ein paar können Sie mithaben. Beim Ausblockieren helfe ich Ihnen.“

„Ist alles gebrannt mit Ihrem Zeichen?“

„Alles, damit haben wir nichts zu tun.“

„Was mit den Leistiköpfen?“

„Das ist die Sache. Da müssen Sie zusehen, wie Sie den kriegen.“

„Ist recht. Werden wir schon einangeln.“

Mr. Pratt stand auf: „Nun wollen wir erst einen gießen, und dann lade ich Sie zum Abendessen ein. Rascher habe ich Privatgeschäfte.“

Diese Privatgeschäfte kümmern mich nicht.

Als wir uns nach dem Abendessen trennten, fragte Mr. Pratt, wieviel ich Vorschuh haben wolle. Ich sagte ihm, daß ich nichts brauche.

„Was, Sie brauchen keinen Vorschuh?“ fragte er erstaunt. „Das kommt mir aber doch recht merkwürdig vor. Wo haben Sie denn das Geld gemacht?“

„In der Spielbank.“

„Da werde ich heute abend später auch mal hingehen, vielleicht gewinne ich Ihren Lohn und Ihre Prämie.“

„Von mir aber nicht.“ sagte ich, „denn ich komme nicht. Ich halte, was ich habe.“

„Von Ihnen wollte ich es auch nicht holen. Den anderen will ich es abnehmen. Da sind immer so verrückte Kerle drin, die aus den Kamps hereinkommen, die können es nicht schnell genug hergeben.“ Ich mache Solotisch mit zweien oder dreien dieser Vögel. Wenn Sie lernen wollen, wie das gemacht wird, dann kommen Sie hin und sehen Sie zu.“ riet er mir.

„Ich habe kein Interesse.“ sagte ich und ging meiner Wege.

17.

Am nächsten Morgen um fünf reisten wir ab. Wir hätten sechzehn Stunden mit dem Schnellzug zu fahren. Die Züge haben nur erste und zweite Klasse, weil man hier nicht so viele Klassenunterschiede macht wie in vierklassigen Ländern. Die erste Klasse kostet wenig mehr als das Doppelte der zweiten. Man reist aber in der zweiten ebenso rasch wie in der ersten und keineswegs sehr un bequem. In der ersten Klasse sind die Sitze an den Längsseiten, aber man sitzt quer zur Zugrichtung. In der Mitte ist der Gang, der durch den ganzen Zug führt. In der zweiten Klasse, wo die eingeborene ärmere Bevölkerung reist, sind an beiden Längsseiten durchgehende Bänke, und man sitzt mit dem Rücken gegen die Wand des Abteils. In der Mitte sind Querfüße und an jeder

Seite zwischen den langen Bänken und den Querfüßen führt der Gang.

Die Lokomotiven, gigantische Maschinen, werden nur mit Del geheizt. Hinter dem Tender folgt der Expreßzugwagen und ferner der Gepäckwagen mit der Post. Dann folgen zwei lange Wagen zweiter Klasse, dann ein langer Wagen erster Klasse und endlich der Pullman-Wagen für die Schlafgäste.

Im ersten Wagen zweiter Klasse sitzt in jedem Zuge eine Abteilung Soldaten von etwa zwölf bis achtzehn Mann mit geladenen Gewehren, geführt von einem Offizier. Wegen der Banditenüberfälle auf Züge sind die Soldaten notwendig. Es kommt trotzdem vor, daß die Züge von Banditen überfallen werden. Dann entwickelt sich zwischen den Soldaten und den Banditen eine Schlacht, die einige Stunden dauert und eine gute Anzahl Tote kostet. Bei diesen Überfällen werden die Reisenden ausgeraubt, jedoch nie getötet; es sei denn, daß sie bewaffneten Widerstand leisten.

Abgesperrte Bahnübergänge, Bahnwärter und so etwas gibt es nicht. Die Züge laufen mit rasender Geschwindigkeit durch das unübersehbare Land, durch Dschungel und Busch, über Brärien und über Gebirge, die mit ewigem Schnee bedeckt sind. Heber weite Schluchten sind Brücken gezogen, vierzig, fünfzig, sechzig Meter hoch, viele Kilometer lang. Und die Brücken sind nur aus Holz, und der Zug rast in schwindelnder Höhe darüber hinweg.

Die Bahnstrecke ist nicht abgezäumt. Rinderherden, Pferde, Gei, Maultiere und Wild treiben sich in der Nähe der Bahnstrecke umher und weiden oder ruhen mitten auf dem Gleis. Dann heult der Zug schauerlich, um die Tiere zu verschrecken. Manchmal stehen sie auf und rennen davon; manchmal rühren sie sich nicht, und der Zug muß halten, und ein Zugbeamter steinigt die Tiere hinweg. Dann wieder laufen die Tiere direkt in den rasenden Zug oder sie werden überfahren. In der ganzen langen Zugstrecke sieht man zu beiden Seiten der Gleise die Skelette der Tiere liegen. Verwundete, denen die Füße abgefahren sind oder der Leib aufgerissen wurde, liegen verdurstend, den Tod erwartend in der tropischen Sonnenglut. Niemand, der vorbeikommt, tötet sie und erlöft sie von ihren Qualen, weil der Bestier vielleicht irgendwo lauert; denn wenn man das Tier tötet, muß man ihm das Tier bezahlen, als ob es lebend wäre, und er darf einen außerdem noch zum Gericht schleppen, wo man wegen unerlaubter Tötung eines Tieres mit fünfzig oder hundert Pesos oder gar mehr bestraft wird.

(Fortsetzung folgt.)

finden", um die Berliner anzureizen, Dampferfahrten ins Havel-land zu machen. Ihrem Fahrplan für die verschiedenen Dampfer-fahrten stellt die Sterngesellschaft ein Gedicht voran, das rührend an den „Gewaltigen von Sanssouci“ erinnert, das von Fehrbellin schwärmt, als durch das Havelland Gefährliche „schrien“. Das Gedicht erinnert ferner an die „uneigennütigen Herrschertätigkeit gerade unseres letzten Fürsten des Hohenzollernhauses“, will uns weismachen, daß „nicht umsonst unsere stolze Kaiserstadt aus einem Fischerdorf entstanden ist“. Es dürfte aber wohl jedem, selbst mit geringen Geschichtskennntnissen, bekannt sein, daß Berlin sich in jahrhundertelangen Kämpfen der Willkürherrschaft der Fürsten entziehen wollte. Und wie uneigennütig Wilhelm war, beweisen seine Vorbeurteilungen. Die tausende Berliner, die es Sonntags hinausziehen in die märkischen Wälder, suchen Erholung und Zerstreuung; für sie ist der Romantikerputz vorüber. Es ist hoch an der Zeit, daß auch die Sterngesellschaft umlernt.

Schweres Bootsunglück auf dem Tegeler See.

Jahrzehnte Unfälle auf dem Wasser.

Ein folgenschweres Bootsunglück ereignete sich gestern nachmittag auf dem Tegeler See. Ein mit vier Personen besetztes Segelboot, das die Enge zwischen Havelwerder und den Berliner Wasserwerken passieren wollte, wurde von einer Bö gepackt. Ehe die Insassen zur Besinnung kamen, kenterte das Boot. Hilfe war von diesen Seiten sofort zur Stelle; trotzdem erkrankte der 41jährige Musiker Georg Herzog aus der Rolkestraße 35 in Riederhöfenhausen. Wahrscheinlich hat der Ertrunkene einen Herzschlag erlitten und ging sofort unter. Seine Leiche wurde noch nicht geborgen.

Beim Baden im Großen Wannsee in der Badeanstalt Große Seestraße, ertrank gestern nachmittag der 29jährige Arbeiter Ernst Sell aus der Sedanstraße 80 zu Reutkolln. Der Bootmeister hatte bemerkt, wie S. plötzlich unterging, sprang sofort nach und holte ihn nach kurzer Zeit aus dem Wasser. Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg und ein hinzukommender Arzt konnte nur noch den Tod infolge Herzschlags feststellen. Im Freibad Wilhelmstrand, bei Köpenick, ertrank am Donnerstagabend der Kaufmann Willi Marx aus der Wollanstraße 75 zu Bantow. M. wurde erst vermißt, als Freibadbesucher noch seine Kleidungsstücke liegen sahen. Die Leiche konnte am Freitag nachmittag vom Reichswasserschutz geborgen werden. Vor dem Restaurant Sonnenwende, bei Schmüdewitz, stürzte sich gestern das Dienstmädchen Gertrud Büchel in selbstmörderischer Absicht ins Wasser und ertrank. Ihre Leiche wurde noch nicht geborgen. In der Nähe des Restaurants Carolinenhof, bei Schmüdewitz, bedete gestern vormittag, gegen 10 Uhr, der 29jährige Rudolf Schmidt aus der Reuen Bagreuther Straße 2/3 in Berlin und ging plötzlich unter. Die Leiche konnte am Nachmittag vom Reichswasserschutz geborgen werden. Schließlich wurde noch aus dem Tegeler See die völlig bekleidete Leiche eines etwa 35jährigen Mannes geborgen, dessen Personalien noch unbekannt sind.

Der Staatsanwalt als rettender Engel.

Statt Zuchthaus Gefängnisstrafe.

Wegen schweren Raubes war der 19jährige Arbeitsbursche Max Schirban zu 8 Jahren Zuchthaus vom Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilt worden, obwohl der Vertreter der Anklage selbst nur 4 Jahre Gefängnis beantragt hatte. Dadurch trat der feltene Fall ein, daß einmal der Staatsanwalt zugunsten eines Angeklagten Berufung einlegte, die gestern die Berufungs-kammer des Landgerichts I beschloß.

Die Tat lag sehr schwer, wies aber verschiedene psychologische Wertwürdigkeiten auf. Eines Tages war der Angeklagte zur Mutter eines Freundes, von dem er sich 8 M. geliehen hatte, hingegangen und hatte ihr mitgeteilt, daß er das Geld noch nicht zurückgeben könnte. Als die Mutter ihm antwortete, es hätte nicht solche Eile und ihn auch freundlich mit Schokolade bewirtete, hatte er die Frau plötzlich an die Gurgel gepackt, sie zu Boden geworfen und ihr mit einem Rasiermesser einen Schnitt am Kiefer beigebracht. Mit einem Male hatte er sie dann losgelassen und zu ihr gesagt: „Verzeihen Sie mir, ich bin so fürchterlich nervös. Darf ich Sie aufheben?“ Er tat dies auch und legte die Leberjalousie aus ein Sofa. Als die vor Schreck und Angst sprachlose Frau, etwas wieder zu sich gekommen, ihm nun stehend vorhielt, ihr Sohn brauche doch noch seine Mutter, ergriff den Angeklagten aufs neue die Wut. Er stürzte sich nochmals auf die Frau und packte sie wieder an die Kehle. Jetzt konnte sie jedoch um Hilfe rufen, worauf der Angeklagte fortlief, aber ergriffen wurde. Teilnahmslos, ohne recht zu begreifen, was um ihn vorging, hatte er das auf acht Jahre Zuchthaus lautende Urteil angehört und beim Abführen auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich bei dem Urteil beruhige, mit Ja geantwortet. Erst später, nachdem sich das Jugendamt seiner angenommen und für einen Rechtsbeistand gefordert hatte, erfuhr er bei dem Besuche des Verteidigers Justizrat Dr. Davidsohn, welches Schicksal er sich dadurch bereitet hätte, wenn von dem Staatsanwalt nicht Berufung eingelegt worden wäre. Er war der Meinung, daß er nur zu vier Jahren Gefängnis nach dem Antrage verurteilt worden war. In der Berufungsverhandlung meinte daher der Staatsanwalt, daß die Staatsanwaltschaft doch die objektive Behörde der Welt und hier als rettender Engel aufzutreten wäre. Den Bitten von Justizrat Dr. Davidsohn entsprechend, den jungen Angeklagten nicht durch eine Zuchthausstrafe zu vernichten, bewahrte ihn das Gericht auch davor, indem es diesmal auf vier Jahre sechs Monate Gefängnis erkannte.

Das Falkenberger Volksfest findet nun bestimmt am Sonntag, den 11. Juli, statt. Sehr hübsch heißt es in dem soeben herausgegebenen Programm über den Geist, der dort herrscht: Wer in

den Bannkreis der Falkenberger tritt, muß mitun, er mag sich noch so drehen und wenden. Vor 14 Jahren haben sie begonnen und das neue Volksfest entwickelt, gleich ihrem Baumeister Faust, der dem neuen Baustil eine breite Gasse schlug. Das Volksfest ist wieder geboren, tief in der Zeit verankert, wie es einst bestand. Die Jugend ist gewonnen. Das arbeitende Volk Berlins hat sein Fest.

Die Vereiningung sozialdemokratischer Studenten hat den Aus-schluß des Julius Eckel aus Wien beschlossen. Parteiorganisationen, die näheren Aufschluß über den Grund dieses Vorgehens erhalten wollen, wenden sich an den 1. Vorsitzenden der Vereiningung Gerhard Kramer, Spandau, Földersstr. 92.

Tragischer Ausgang eines Streites. Auf einem Bauernhofe in der Nähe von Bordeaux hat sich ein blutiges Drama abgespielt. Ein Pächter nahm sich nach scharfen Auseinandersetzungen mit dem Besitzer des Hofes das Leben. Sein Sohn, der glaubte, der Be-



Man kennt diese amerikanische Willkür mit weltzerstörenden Gelüsten, mit dem steinharten Herzen und den launigen, mandänern Töchtern, aus billigen Gesellschaftsfilmen und Zukunftsromanen, die vorgeben, das hohe Lied der Technik zu singen. Warum begann dieser moderne Kinderfurcht nun auch den Rundfunk zu bevölkern? Fällt den Verfassern beim besten Willen nichts anderes ein? Ruß deswegen ein sechsseitiges Sendespiel geschrieben werden? Nein, sechs Sendungen hält kein Mensch von diesem Ritsch aus. Wenigstens war der Berliner Rundfunk so vernünftig, nur den ersten Teil des „Herrn der Erde“ aus Hamburg zu übertragen. Es ist allerdings notwendig, besondere Dramen für den Rundfunk zu schreiben und endlich mit Uebertragungen von Stücken aufzuhören, die erst durch das Bühnenbild ihre letzte Formung erhalten, aber es ist keineswegs notwendig, daß man bodenlosen Ritsch serviert. Die Handlung ist absolut dagesessen und die Sprache von unangenehmer Abgedroschenheit und Banalität, voll lederner Phrasen, außerdem wird die Handlung nicht einmal spannend geführt. Allerdings ist die Anlage des Stückes gut, nur der Text zerstört alles. Man versucht das Spiel ganz auf akustische Wirkung zu stellen, sehr nett wird z. B. eine Autofahrt durch die New Yorker City illustriert, aber es fehlt doch die Hauptsache: eine sprachlich vollendet geformte Handlung. Das Ganze erinnert an ein Regietuch aus der Kindheit des Films. Die Uebertragung selbst war akustisch einwandfrei, die Darsteller, besonders Hans Rülhöfer als Willkürbär gefielen sich darin, pathetisch zu werden, die von Harst Bläuen komponierte Musik hatte etwas betont Regierhaftes. Man könnte sich aber einmal bemühen, ein distanzierbares Sendespiel zu schaffen, denn Ritsch ist doch nicht die notwendige Voraussetzung für Rundfunkdarbietungen. Vor der Sendung zwei gute, sehr instruktive Vorträge, Prof. Kahner sprach über „Die Ursachen der Hochwasser“ und Paul Jucker über „Reise und Kunstlerlebnis“, eine Anleitung zur künstlerischen Würdigung von Städten und Landschaften.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 9. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
 4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau (Margarete Caemmerer: „Picknik und Landpartie“). 4.30 Uhr nachm.: Dr. Olga Stieglitz: „Nachschaffen und Genießen der Tonkunst“. 5 Uhr nachm.: Dr. Hans Martin Elster: „Charlotte von Schiller (zu ihrem 100. Todestag)“. 5.30 Uhr nachm.: Rubinstein-Tschalkowsky. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Film-dienst. 6.50 Uhr abends: Professor Dr. Seligmann: „Desinfektion“. 7.20 Uhr abends: Helmuth Johann: „Was bedeutet für Deutschland das heutige Südamerika?“ 7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Geschichte. Dr. Albert Brackmann: „Grundzüge der europäischen Geschichte (Das Zeitalter der Entdeckungen und der großen europäischen Expansionen)“. 8.30 Uhr abends: Braims-Abend. 1. Trio für Violine, Cello und Klavier, op. 8, H-Dur. Allegro con brio, Scherzo: Allegro molto, Adagio, Allegro (Mahlke-Trio: Rudolf Schmidt, Flügel; Hans Mahlke, Violine; Adolf Steiner, Cello). 2. a) O wüßt' ich doch den Weg (Groth). b) Botenschaft (Daumer). c) Nachtigall (Reinhold). d) Ruhe süß, Liebchen (Tieck). e) Meine Liebe ist grün (Schumann) (Nora Pising-Boas, Sopran; am Flügel: Walter Hirschberg). 3. Trio für Klarinette, Cello und Klavier, op. 114. A-Moll. Allegro, Adagio, Andantino grazioso, Allegro (Alfred Richter, Klarinette; Adolf Steiner, Cello; Rudolf Schmidt, Flügel). 4. Volkslieder: a) Erlaube mir dein Mädchen, b) Die Sonne scheint nicht mehr, c) Jungfräulein, soll ich mit euch gehn? d) Schwesterlein. e) Der Jäger, f) Wach auf, meine Herzens-schöne, g) Dort in den Weiden (Nora Pising-Boas, Sopran). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Freitag, den 9. Juli.

1.10-1.40 Uhr nachm.: Karl Graef: Die Kunst des Sprechens für Schüler. 3-3.30 Uhr nachm.: C. M. Alfieri und Fräulein v. Eyseren: Spanisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Prof. Dr. Armbruster: Bienezucht und Tierpsychologie. 4-4.30 Uhr nachm.: Prof. Dr. Armbruster: Bienezucht und Tierleben. 4.30 bis 5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5-5.30 Uhr nachm.: Franziska Bruck: Blumenstände und ihre Füllungen. 7.30-8.20 Uhr abends: Fortbildungsvorträge für Aerzte. Themen und Namen der Dozenten werden in den ärztlichen Fachzeitschriften bekanntgegeben. 8.30 Uhr abends: Uebertragung von Berlin.

niger habe seinen Vater ermordet, erschloß den Befehl, verhafteten Schwiegerjohn und ein kleines Mädchen schwer und beging dann Selbstmord.

Unwetter Schäden im Reich.

Gießen, 8. Juli. (WZB.) Heute früh entlud sich in der südlichen Umgegend Gießens über den Drienhausen, Garbenteich und Bagen-dorn-Steinberg ein Gewitter mit stundenlangem wolkenbruchartigem Regen. Die Wassermengen drangen 1 bis 1 1/2 Meter hoch in die Wohnungen ein, so daß die Möbel in den Stuben umhergeschwammen. Die Straßen wurden zu Bächen. Das Vieh mußte mit großer Mühe aus den Ställen geholt werden. Es ist viel Feder-spiel in den Fluten umgekommen. Der Schaden ist groß. Der hoch gelegene Bahnhof stand bis zur Schienenhöhe im Wasser. Die Gießener Rettungsdienststelle meldet eine Niederschlagsmenge von 74 Millimeter.

Göttingen, 8. Juli. (WZB.) Die schweren Unwetter mit wolkenbruchartigem Regen, die sich in der vergangenen Nacht über Göttingen und Umgebung entluden, haben besonders im Garbetal durch Ueberflutung der Felder schwere Schäden angerichtet. In Wallmarshausen ertrank eine 66jährige Deutsch-Amerikanerin, die dort zu Besuch weilte, in der hochgehenden Flut des Garbebaches. Ihre Leiche konnte erst heute geborgen werden.

Dresden, 8. Juli. (WZB.) Das Hochwasser der Elbe erreichte heute nacht mit 240 Zentimeter über Null den Höchststand und geht langsam weiter. In Dresden herrscht heute mittag eine Temperatur von 30 Grad im Schatten.

Unwetter am Lago Maggiore. Nach einer Meldung der „Tribuna“ hat sich heute in Cannero am Lago Maggiore während eines heftigen Balkenbruchs ein Teil des am Ufer gelegenen Blokes gelöst und wurde von dem See verschlungen. Der Anlage-platz ist stark beschädigt.

Hochwasser in Jugoslawien. Die Donau und Drau steigen fortgesetzt. In Belgrad stieg die Sava gestern 14 Zentimeter, heute 8 Zentimeter, wodurch die Uferstraßen überschwemmt wurden. In der Gegend von Branja wurden drei Personen durch Bliz-schlag getötet. In der nächsten Nacht wird der Verkehr auf der internationalen Linie Belgrad-Risak wieder ausgenommen werden.

Naturkatastrophe in Südjapan. Der Londoner Daily Ex-press meldet aus Tokio: Durch Erdstöße und Ueber-schwemmungen sind in Südjapan zwischen Oka und Schimonoseki über 3300 Häuser zerstört worden. Acht Personen fanden den Tod, 70 wurden verletzt.

Schiffunglück auf dem Schwarzen Meer. Wie aus Buzarek gemeldet wird, sind bei einem Sturm auf dem Schwarzen Meer der russische Dampfer Peri und das türkische Schiff Ahmed, die beide mit einer Viehladung unterwegs waren, mit der gesamten Befahrung untergegangen.

Zündhölzer als Sanierungsmittel. Wie der „Exchange Tele-graph“ aus Stockholm meldet, hat die griechische Regierung bei einer schwedischen Zündholzfabrik eine Anleihe von einer Million Pfund Sterling zu 8 1/2 Proz Zinsen aufgenommen. Der Fabrik wird dafür das Zündholzverkaufsmonopol in Griechenland übertragen.

Ein mißglückter Brieftaubenflug. Am Sonnabend und Sonntag wurden in Paris in verschiedenen Gruppen etwa 6000 Brieftauben englischer und französischer Brieftaubenbesitzer nach London, Manchester und Liverpool gestartet. Da nur ein geringer Teil der Brieftauben die Bestimmungsorte erreichte oder nach den Aufstufstellen zurückkehrte, nimmt man an, daß über 3000 Brief-tauben von den schweren Stürmen an der französischen Küste übertrahft wurden und im Kanal ertrunken sind.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, den 8. Juli.
 1. Rennen. 1. Dorville (H. Mills), 2. Puffelchen (O. Keunenfeld), 3. Antenne (Elias). Toto: 23: 10. Platz: 16, 32, 19: 10. Ferner liefen: Rangette, Reichelmann, Dosa Limoto, Ida Palos, Raittejer, Regenbogen, Orjeva, Aga, Bruns.
 2. Rennen. 1. Peter H. (L. Weik), 2. Ingrid Halle (Gedert), 3. Mantor (H. Finn). Toto: 42: 10. Platz: 17, 39, 16: 10. Ferner liefen: Rotula, Prinz Rolo, Dolmeisterrin, Benedick, Cosmos, Dreife Krone, Sphing I, Dunajec, Crispa, Kürstler, Abjunt, Kopeke, Sonntagbrunn.
 3. Rennen. 1. Veratlon (H. Heiber), 2. Stametta (H. Brandt), 3. Kohlenkönig (Lehke). Toto: 21: 10. Platz: 16, 19, 29: 10. Ferner liefen: Quitte H., Prinzessin Stamad, Odesa, Bainsca, Radiola, Korrigan Jun., Erster Hölzerlömer, Crona R. Kinnes, Henslen, Harry D., Konjal, Rud., Interreit, Ludmilla I, Ullgöhl.
 4. Rennen. 1. Quitt quatt (Armer), 2. Natall (H. Brandt), 3. Heiber-rolle H. (Schimmira). Toto: 16: 10. Platz: 14, 17, 27: 10. Ferner liefen: Danit, Blauz Adrie, Gashöckerin, Rabdach, Uta Battis, Prinzess Fortuna, Veralla, Ocean Girl, Zeitgeiß.
 5. Rennen. 1. Satyre (H. Mills), 2. Alimari (H. Gedert), 3. Progreß (Grohmann). Toto: 38: 10. Platz: 25, 37, 19: 10. Ferner liefen: Ky-worthy H., Buchdrucker, Clematis blau., Rottstein Volo, Interpellant, Warcel, Helman, Trotteur.
 6. Rennen. 1. Armetier (H. Schüller), 2. Schüler Lebby (H. Baade), 3. Niederländer (H. Gedert). Toto: 42: 10. Platz: 20, 22, 13: 10. Ferner liefen: Reisterhild, Zulu Rex, Rietterrolle, Negrim, Erdbrunn jr., Robedam, Kransbeers, Korymbos, Ractenpfeiler, Champion Goud, Quantität, Lucie Halle, Grogmogul, Deutscher, Gesträ, Crispa.
 7. Rennen. 1. Beschloß (Rindnabel), 2. True Fox (Bauß jr.), 3. Barmaid (H. Schmidt). Toto: 110: 10. Platz: 32, 18, 32: 10. Ferner liefen: Della, Königshäber, Heidemann, Cleo Volo, Geroltraf, Quintera, Denkulänge, Johanniskäfer, The Kitta.
 8. Rennen. 1. Quitt quatt (Armer), 2. Quitte H. (Petra), 3. Kohlen-könig (Lehke). Toto: 15: 10. Platz: 13, 30, 36: 10. Ferner liefen: Stametta, Veratlon, Heiberrolle H., Konjal, Zeitgeiß.
 9. Rennen. 1. Karne (Herm. Schönlener), 2. Ghonit (H. Finn), 3. Binnie (Elias). Toto: 34: 10. Platz: 20, 22, 21: 10. Ferner liefen: Götterbote, Domplaff I, Baron Krowitsch, Gladiatur I, Hark, Jeffries jr., Frankenstein, Serban, Flamingo, Venus, Angriff, Stella Hart.

AUCH OHNE AUSVERKAUF

IST DER BELIEBTE **SALAMANDER SCHUH**

AN GÜTE, PASSFORM UND PREISWÜRDIGKEIT UNÜBERTROFFEN

BEACHTEN SIE BESONDERS DIE PREISLAGEN:

12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

SALAMANDER

Die AOK. Berlin.

In Berlin kann von einer einheitlichen Krankenversicherung noch keineswegs die Rede sein. Den Krankenkassen Berlins gehören etwa 1,6 Millionen Versicherte an. Davon entfallen auf die Erwerbstätigen etwa 150 000 Versicherte. Die übrigen 1 450 000 Versicherten gehören den auf Grund der Reichsversicherungsordnung errichteten Krankenkassen an. Nicht weniger als zirka 200 Betriebs- und Innungskrankenkassen, unter letzteren solche, die mitunter nicht einmal 100 Versicherte betreuen, zehn besondere Ortskrankenkassen (für bestimmte Berufe) und die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin teilen sich in die gesundheitliche Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung Berlins. Die Ortskrankenkassen, die für die früher selbständigen Gebiete Groß-Berlins immer noch bestehen, sind bei alle dem noch nicht berücksichtigt.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin, die mit ihren 465 449 Mitgliedern die weitaus größte der Berliner Krankenkassen ist, hat jetzt ihren Jahresbericht für das Jahr 1925 herausgegeben. Trotz des immerhin erheblichen Mitgliederzuwachses sind die Einnahmen der Kasse aus Beiträgen für die Versicherten nur um eineinhalb Millionen gestiegen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Beiträge ab 1. Januar 1925 auf 6 Prozent des Grundlohnes ermäßigt worden sind, nachdem sie in den Inflationsjahren bis auf 10 Prozent des Arbeitsverdienstes erhöht worden waren. Die Einnahmen aus den Beiträgen mit fast 36 Millionen Mark haben nicht ausgereicht, um die Leistungen der Kasse für ihre Mitglieder zu decken. Neben den Erträgen aus Kapitalanlagen in Höhe von fast 900 000 Mark mußte auch noch aus den Ueberschüssen des Jahres 1924 zugelegt werden. Die Ausgaben der Kasse mit über 37 Millionen Mark sind gegen 1924 um rund 10 Millionen Mark gestiegen. In der Steigerung sind besonders stark beteiligt die Ausgaben für Arznei und Heilmittel mit fast zwei Millionen, Krankenhauspfllege mit ebenfalls zwei Millionen und Krankengeld mit fünf Millionen Mark. Die letztere Steigerung ist leicht zu erklären durch das erhebliche Anwachsen der Krankenziffern.

An Krankheitsfällen, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, sind zu verzeichnen gewesen: bei den männlichen Mitgliedern 196 209 gegen 77 305 im Jahre 1924; bei den weiblichen Mitgliedern 166 278 gegen 127 429 im Jahre 1924. Die Zahl der Krankentage betrug: bei den männlichen Mitgliedern 2 960 809 gegen 2 244 067 im Jahre 1924, bei den weiblichen Mitgliedern 5 532 402 gegen 4 289 067 im Jahre 1924. Die Gesamtzahl der Krankentage weist demnach eine Steigerung um 67 753 gleich 33 Proz. Die Gesamtzahl der Krankentage eine solche von 1 900 057 gleich 23 Proz. auf. Für die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommende Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Kassenmitglieder gibt der Bericht neben anderen Gründen folgende Erklärung:

„Mit Entwertung des Krankengeldes, die im Vorjahre für den Krankenstand mitverantwortlich gemacht werden mußte, hat diese Steigerung, da die Entwertung des Geldes aufgehört hat, nichts mehr zu tun, sie muß vielmehr außer den auf Seite 3 ff. angegebenen Gründen auf die Folgen mangelnder Ernährung, Wohnung und der sonstigen ungünstigen Lebensbedingungen, sowie darauf bezogen werden, daß häufiger als früher auf Kosten der Gesundheit schwere Arbeit geleistet werden muß. Dazu kommt, daß sich die Folgen der Entbehrungen und Unterernährung sowie der schlechten Wohnungsverhältnisse aus den Kriegsjahren,

namentlich bei den jüngeren Arbeitern und Arbeiterinnen in steigendem Maß bemerkbar machten.“

Auf Kosten der Kasse waren 33 605 Versicherte an 835 997 Verpflegungstagen in Krankenhäusern untergebracht. Die Fehlgeburten überstiegen mit 5150 die Zahl der normalen Geburten bei den Versicherten um ein erhebliches. Von den Fehlgeburten entfielen 812 auf Mitglieder bis 20 Jahre; drei der Fälle auf Mädchen unter 15 Jahren. Der Bericht sagt zu der hohen Zahl der Fehlgeburten: „doh es sich in vielen Fällen nicht um normale Fehlgeburten handelt, liegt auf der Hand. Die schlechte ökonomische Lage zwingt jedoch manche Schwangere, selbst auf die Gefahr hin, bestraft zu werden, die Frucht vorzeitig abzutreiben.“

Zum ersten Male kann der Bericht über ein volles Jahr ärztliche und ärztliche Versorgung der Familienangehörigen der Versicherten berichten. Die Kasse hat dafür im Berichtsjahr rund zwei Millionen Mark ausgeben.

Wie wenig berechtigt die immer wieder aufgestellten Behauptungen sind, daß die Ortskrankenkassen eine besonders teure Verwaltung hätten, geht daraus hervor, daß die persönlichen Verwaltungskosten bei der Kasse 7,3 Proz., die gesamten Verwaltungskosten 8,6 Proz. der Beitragseinnahmen betragen. Eine besondere Beachtung verdienen die Leistungen der Kasse auf dem Gebiete der Heilstättenbehandlung. Die Kasse hat eine eigene Lungenheilstätte in Müllrose, je ein Genesungsheim in Rudow (Grasshof) und Döbzin, je ein Erholungsheim in Hilsberg und Labarz (Thür.). Ferner besitzt die Kasse ein Eisen- und Moorbad in Döberan, das Sanatorium „Waldfrieden“ in Budow und das Kindererholungsheim Luffenthal (Thür.). Das Genesungsheim Döbzin ist gegen Ende 1925 von der Kasse veräußert und dafür ein Kurheim in Swinemünde erworben worden. Außer diesen eigenen Heilstätten wurden auch noch andere Anstalten für die Heilstättenbehandlung von der Kasse stark in Anspruch genommen. 4068 Versicherten wurde Heilstättenbehandlung gewährt, und in 4166 Fällen Landaufenthalt oder Bädereisen bewilligt. Auf die eigenen Anstalten entfielen rund 103 000 Verpflegungstage. Bei der Verpflegung von Kindern wurden für 1190 Kinder mit 36 599 Verpflegungstagen entweder die Kosten ganz übernommen oder erhebliche Zuschüsse gewährt. Gerade bei der Heilstättenbehandlung zeigt sich die gewaltige Ueberlegenheit einer großen, weite Versichertenkreise umfassenden Krankenkasse. Die kleinen Zwergerkrankenkassen sind zu solchen Leistungen auf diesem wichtigen Gebiete in keiner Weise imstande. Alles in allem zeigt der Bericht wertvolle Arbeit im Dienste der Volksgesundheit, und es wäre zu wünschen, daß der Bericht auch in den Kreisen gewürdigt wird, die dauernd über die sozialen Lasten klagen.

Karl Lorenz.

Konferenz der Mieterobleute.

In der letzten Sitzung der Abteilungsleiter der SPD. Groß-Berlin im Gewerkschaftshaus nahmen die Funktionäre der Partei Bericht über die verschiedenen Tagungen entgegen, die in den letzten Monaten stattgefunden haben, so über die Tagung der Wohnungsämter in Hildesheim, wo der Genosse F e c h n e r für den Wohnungsausschuß der Partei zugegen war, über die erste Tagung der Demog., an welcher für den Ausschuh der Genosse J o g i o w e k teilgenommen hatte. Ferner berichtete Genosse W i l l i R o a t über die Siedlungen für linderreiche Familien in Hennigsdorf. Er führte den Nachweis, daß die Genossenschaft für linderreiche Familien durch Unterstützung des Kreises Osthavelland und der Gemeinde Hennigsdorf dortselbst eine Siedlung im Doppelhausbau errichtet, bestehend aus 3 Stuben,

Kammer, Küche, Bad, Keller, Boden, mißlichem Stall und dazu ein Stück Garten pro Wohnung zum Mietpreis von zirka 50 M. pro Monat. Es ist somit erwiesen, daß nicht nur mit Hauszinssteuerrhypothek und Zulagehypothek für Bemittelte gebaut werden kann, sondern auch ohne Baukostenzuschüsse für linderbemittelte. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß gerade unsere Partei mehr für die linderbemittelten eintreten mußte, und daß alle Behörden und Kommunen die durch Verfügungen erlassenen Bestimmungen, die zugunsten linderbemittelter linderreicher Familien lauten, anerkennen und durchführen. Den Hauptteil der Konferenz nahm der Bericht des Genossen E r n s t K u b e n über den internationalen Mieterkongress in Zürich, an welchem er teilgenommen hat, ein. Er gab ein anschauliches Bild über die Zustände in den einzelnen Ländern, deren Vertreter dort zur Berichterstattung erschienen sind, und erläuterte die Ziele und den Arbeitsplan der Exekutive, welche in Zürich eingesetzt wurde. Es wurde beschlossen, an der Tagung der Mieterbeiräte in Düsseldorf teilzunehmen und der internationalen Städteaufkongress in Wien bekanntzugeben. Unter Geschäftlichem ist zu erwähnen, daß an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Rhode der Genosse G r ü n d e l in den Ausschuh gewählt ist.

Rundfunk und Arbeiterschaft.

In Berlin gibt es jetzt über 500 000 zahlende Teilnehmer am Rundfunk. 90 Proz. davon gehören nach Aussage des Reichs-Rundfunkkommissars Dr. B r e d o w zur Arbeiterschaft. Somit steht die Hälfte der Berliner Bevölkerung und die Mehrzahl der Berliner Arbeiter mit ihren Angehörigen unter der Beeinflussungsmöglichkeit der Sender. Wie diese arbeiten, zeigt ein Blick in ihr Programm. Unterhaltung und Belehrung wollen sie geben, den Hauptteil der Darbietungen stellt Musik in guter und schlechter Qualität. Belehrung bieten Vorträge aus allen möglichen Bereichen des Wissens in der Art schlechter Volkshochschulen. Populärisierung, die in der Regel keine Ahnung hat von den Bedingungen und Schwierigkeiten richtiger Bildungsarbeit. Hinzu kommen Nachrichten.

Seit etwas über zwei Jahren breitet sich in Deutschland diese fabelhafte technische Neuerung aus. Sie ist trotz des Reichsmonopols ein kapitalistisches Geschäft geworden. Offiziell nennt es sich „neutral“. Wie ja auch in Deutschland die Justiz „unpolitisch“ ist. Das Reich hat das Monopol, Sender zu errichten. Den Sendebetrieb überläßt es Sendegesellschaften, die in der Programmzusammenstellung bis jetzt vollkommen freie Hand haben. Die eine Bedingung allerdings besteht: sie sollen politisch und weltanschaulich neutral sein. Wie diese erfüllt wird, wurde schon angedeutet. 51 Proz. des Kapitals der Sendegesellschaften gehört dem Reich, 40 Proz. sind in privater Hand. Der Rundfunkteilnehmer zahlt monatlich 2 M. Gebühr, die von der Post erhoben werden. Sie behält 80 Proz. und gibt 40 Proz. an die Sendegesellschaft. Wir zahlen 40 Proz. werden die Ausgaben der Sender bestritten. In Berlin bleibt ein erheblicher Preist für die 49 Proz. Privatkapital. Die Programmgestaltung dem Ermessen der Sendegesellschaft allein zu überlassen, war eine Unflucht von Seiten des Reichs. Ihre Handhabung ist eine Vernachlässigung des größten Teils der Kabintamenten: der Arbeiterschaft. Allmählich legt nun in den Zeitungen eine Kritik der Sendungen ein, die eine Bedeutung für das Radio gewinnen muß, wie die Kritik für Theater und Film. Besonders in der Arbeiterschaft mühte sich die Beobachtung und Kontrolle der Sender regen. Auf mancherlei Drängen sollen jetzt endlich bei den Sendern Kulturbeiträge



Saison **Shuerverkauf**

Preise **50%** ermäßigt bis

<p>1⁷⁵</p> <p>Feinfarbige Filz-Reiseschuhe, m. Ledersohle u. Pompon, versch. Farben Braune Krokko-Leder-Reiseschuhe, Ledersohle 2.95</p>	<p>1⁹⁵</p> <p>Damen-Schnürschuhe, prima Weiß-Leder, m. Ledersabsatz u. überzogenem Holzabsatz, konkurrenzlos</p>	<p>5⁹⁰</p> <p>Damen-Lederspangensch., schwarz, led. Absatz, gute Paßform. Braune Lederspangensch., eleganter Kostümschuh, solide Verarbeitung 6.90</p>
<p>9⁹⁰</p> <p>Damen-Leder-Spangenschuhe, beige u. holzfarb., ferner in braun ech. Chevreau mit Komfesse-Absatz</p>	<p>6⁹⁰</p> <p>Schwarze Herrenstiefel, Rindbox, weiß ge-dopp., Ringsabsatz od. runde Form m. Derby</p>	<p>11⁹⁰</p> <p>Eleg. brauner Herren-Halbschuh, in Rind-box, weiß ged., auch mit farbigerem Ein-satz. Ferner in Masbox, in Rahmverarbeit., kräftig, braun und schwarz 12.50</p>

Wir bringen, was Sie suchen!

Verkaufsstellen:

- | | |
|---------------------------------------|--------------------------------------|
| Oranienstr. 29
Ecke Adalbertstraße | Charlottenburg:
Berliner Str. 153 |
| Brunnensfr. 15 | Neukölln:
Berliner Str. 43 |
| Turmstraße 78 | |
| Kleiststraße 22 | |

Bettina

Schuh-Gesellschaft m. b. H.

Hamburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Offenbach, Gießen, Hof, Pforzheim, Ulm, Gera, Zwickau, Konstanz / Zentrale u. Versand: Berlin C 2

errichtet werden. In ihnen müssen auch die Vertreter der Arbeiterschaft sitzen. Da sie aber nur beratende Stimme haben werden, ist ihr Einfluss zu verstärken durch ein lautes Echo ihrer Kritik, Beschläge in der Presse und in den Organisationen der Arbeiterschaft.

Mit dem Aufkommen des Radio bildeten sich sofort Radiokomitees, die zunächst hauptsächlich technische Interessen. Auf Seiten der Arbeiterschaft entstand der Arbeiter-Radioklub, der sich über das ganze Reich erstreckt und seit April im „Neuen Rundfunk“ ein Organ besitzt. (Berlag Janiszowski, Berlin SO. 28, Gildengasse 28/29.) Neben der Pflege technischer Kenntnisse sucht er die Einsicht in die kulturelle und politische Bedeutung des Radio zu fördern und auf die Programmgestaltung Einfluss zu gewinnen.

Aus den Bezirken.

11. Bezirk — Schneberg.

In der letzten Versammlung vor den Ferien wurde der Antrag unserer Genossen, die Schulsportplätze für alle Kinder der Bevölkerung des Bezirks zum Spielen freizugeben, und die Schulsportplätze instandzusetzen, angenommen. Bei der Beratung eines kommunistischen Antrags, der sich mit der Einstellung und Entlassung der Zeitweiligen beschäftigte, forderte unsere Fraktion, daß diese zeitweilig Angestellten nicht mit Leberstunden belastet werden, um so recht viele Arbeit zu schaffen. Eine längere Debatte entfiel der Beschwerde gegen den Volkskuchenerverein Schneberg. Genosse Wilberg teilte mit, daß in der Verwaltung keine Unregelmäßigkeiten gefunden worden seien und daß es angebracht sei, daß die Mieten der beiden Küchen künftig vom Berliner Magistrat getragen werden. Genosse Petersen wies eindringlich darauf hin, daß das verabschiedete Gesetz, das für viele Kollektanden oft die einzige Nahrung darstelle, sowohl hinsichtlich der Güte wie auch der Menge einwandfrei sein müsse. Endlich beschäftigte sich die Versammlung mit einem Dringlichkeitsantrag der Fraktion, der die unentgeltliche Ueberlassung der Jugendheimen an den Verein der Kinderfreunde forderte. Die Versammlung beschloß, trotz der von den Bürgerlichen vorgebrachten Bedenken, die Jugendheimen dem Verein zunächst für die großen Ferien für seine Veranstaltungen zu überlassen. Man darf hoffen, daß auch späterhin die Kinderfreunde zur Benutzung der Jugendheimen Gelegenheit haben werden.

13. Kreis — Tempelhof.

In der letzten Bezirksversammlung wurden die Genossen Braun und Buderich sowie ein Vertreter der KPD. neu eingeführt. Ein Antrag der KPD., die Wilmersdorfer Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft zu veranlassen, Wohnungen zu errichten, welche für Kinderbemittelte erreichbar sind, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Volkspartei angenommen. Desgleichen der erste Absatz der Vorlage einstimmig, wonach Bezirksverordnete in den Aufsichtsrat der Gesellschaft delegiert werden sollen. Ein Antrag unserer Genossen, bei den maßgebenden Körperschaften auf eine Erhöhung des Einfuhrkontingents von Gefrierfleisch hinzuwirken, fand Annahme gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Volkspartei, welche beantragten, die Angelegenheit einem Ausschuss zu überweisen. Einstimmig wurde die Vorlage eines Schulhausneubaus auf dem Tempelhofer Felde angenommen. Verschiedene Mängel, wie Fehlen einer Reklamationskammer in der Volksschule, während im Flügel des Gymnasiums eine solche mit 5 Zimmern vorgesehen ist, Vorraum zum Arzt- und Schulleiterzimmer, Dienstwohnung für zwei Schullehrer und Heizerwohnung, sollen in das Projekt hineingearbeitet werden. Desgleichen wurden einstimmig die Vorlagen über Reuanlage der Berliner Straße in Tempelhof, Ausbau der Lichtenroder Gasse und der Bau einer Umgehungsstraße in Lichtenrode angenommen. Der neue Bauplan des städtischen Geländes an der Mittelstraße in Tempelhof hatte diverse Protestschreiben des Lehrkörpers wie auch des Elternrats wegen des Schulgartens, welcher

dem Projekt zum Opfer fallen muß, gebracht. Da das umgearbeitete Projekt aber allem gerodet wird, neben dem Schulgarten auch Wohnungen gebraucht werden, wurde nach längerer Aussprache die Vorlage einstimmig angenommen. Desgleichen wurde einer Vorlage zugestimmt zwecks Ueberlassung eines Grundstücks an die Charlottenburger Wasserwerke auf dem Tempelhofer Feld. Die Gesellschaft beabsichtigt auf dem Gelände eine Pumpstation zu errichten, um dem im Sommer eintretenden Wassermangel in den Hochhäusern dieser Gegend entgegen zu treten. Zugestimmt wurde ferner einem Antrag unserer Fraktion, der verlangt, an Sonntagen Einlawagen der Abogas zwischen Buchwer Weg und Mariendorf einzulegen, damit den Siedlern, welche heute gewöhnlich nur besetzte Wagen von Lichtentabe heranrollen sehen, Gelegenheit gegeben ist, ebenfalls nach Mariendorf zu kommen. Zwei Dringlichkeitsanträge unserer Fraktion, den Bau eines Hallenschwimmbades für unseren Bezirk wiederum im Bauprogramm an 4. Stelle vorzusehen sowie das Bezirksamt zu veranlassen, einen ordnungsmäßigen Zugang zum Kinderhort und Jugendheim zu schaffen, wurden einstimmig angenommen.

15. Bezirk — Treprow.

Die üblichen Erziehungswahlen für die Wohlfahrtskommissionen und die Reuwahl von Schiedsmännern beschäftigten zunächst die Bezirksverordneten in ihrer letzten Sitzung. Einige Vorlagen, die die Anstellung von Beamten forderten, wurden angenommen. Die Kosten für die Erneuerung des Bollwerks an der Spree (am Kinderheim Oberhörnstraße) und für die Befestigung des Turnplatzes in Alt-Glienitz wurden bewilligt. Die Bezirksversammlung stimmte der Errichtung eines Betriebsgebäudes für die Betriebe der Ernährungs- und Wirtschaftsdarstellung auf dem Grundstück Johannishof, Johannes-Werner-Str. 80/83, zu. Unser Genosse Behnert wies zuvor darauf hin, wie notwendig es ist, für die gesamten städtischen Betriebe innerhalb des Bezirks ein Betriebsgebäude zu schaffen. Eine Vorlage betreffend den Bauplan für das in der Lausener und Schloßparkstraße in Oberhörnstraße gelegene Gelände wurde zur nachmaligen Beratung an die Baudeputation zurückverwiesen. Mit dem Geländeausgleich mit der Kirchengemeinde Alt-Glienitz erklärte sich die Versammlung einverstanden. Auf Antrag unserer Fraktion hat die Bezirksversammlung in ihrer letzten Sitzung die Errichtung von drei Trinkwasserbrunnen im Blänterwald beschlossen. 1300 M. wurden für diese Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Versammlung stimmte der Errichtung eines Uebungsportplatzes in der Wohlheide zu. Von unserer Fraktion wurde folgender Dringlichkeitsantrag gestellt: „Das Bezirksamt wird ersucht, in Gemeinschaft mit den Bezirksamtämtern Köpenick und Lichtenberg beim Magistrat Schritte zu unternehmen, um eine Regelung der unzulänglichen Verkehrsverhältnisse der Gegend am Bahnhof Sadowa herbeizuführen.“ Genosse Bürgermeister Bruno teilte mit, daß er die Absicht habe, mit den Bezirksamtämtern Köpenick und Lichtenberg beim Magistrat für die Siedler in Kaufdorf um, einzutreten. Genosse Lehmann erklärte, daß es unbedingt notwendig sei, den berechtigten Beschwerden der Siedler nachzukommen. Unser Antrag wurde einstimmig angenommen. Genosse Lemper begründete folgenden Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion: „Das Bezirksamt wird dringend ersucht, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß für die Erwerbslosen genügend Arbeitsgelegenheit durch Notstandsarbeiten geschaffen wird. Die vorliegenden Bauprojekte schaffen im Falle der Bewilligung für viele Arbeitslose Arbeitsgelegenheit. Unser Bezirk, der prozentual eine hohe Arbeitslosen-Ziffer aufweist, muß auf alle Fälle bevorzugt durch den Magistrat berücksichtigt werden.“ Die Deutschnationalen bemängelten diesen Antrag, um sich für die „Kostfrage“ der Hausagrarier einzusetzen und eine „hochpolitische“ Debatte heraufzubeschwören. Die Genossen Südtile und Behnert stellten unter Beifall die schiefen Behauptungen der Deutschnationalen richtig. Genosse Bürgermeister Bruno versprach, sich mit aller Kraft für den Antrag einzusetzen. Auch dieser Antrag fand dann einstimmige Annahme.

16. Bezirk — Köpenick.

In der letzten Sitzung vor den Ferien wurde der kommunistische Studienleiter Goh als befristetes Bezirksamtsmitglied eingeführt. Hierbei glaubten die bürgerlichen Fraktionen besonders teilnehmend zu handeln, indem sie der Verpflichtungshandlung fernblieben. Als sie dann im Gänsemarsch einmarschierten, wurden sie von allen Seiten mit lautem Gekächel empfangen. Ein Antrag unserer Fraktion, der sich gegen die Verpfändung des Straßenschildes durch Befestigung von Reklamenschildern der Berat richtete, sowie ein weiterer, der forderte, daß das Bezirksamt sich mit den Vertretern Treprow und Lichtenberg in Verbindung setze, um beim Magistrat eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zu erreichen, wurde ebenfalls angenommen. Auf Antrag der Fraktion wurde für die Veranstaltung eines Kinderfestes auf dem Spielplatz Werderstraße als Abschluß der diesjährigen Kinderferien ein Spielplatz 500 M. bewilligt. Einstimmig wurde auch die Errichtung einer Frauenschule am Richard-Wagner-Angelegen in Friedrichshagen, der Bau einer Turnhalle für die II. Volksschule in Friedrichshagen, die Schladenbefestigung der Kodelbahnen in den Riggelbergen und der Ausbau des städtischen Sportplatzes an der Marienstraße in Köpenick beschlossen. Aus der Reihe der sonst verhandelten Anträge möge noch erwähnt werden, daß Genosse Klein auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Promenadenweges zwischen Grünau und Schmiedewitz im Interesse der Berliner Ausflügler hinwies.

19. Bezirk — Pantow.

In der letzten Sitzung der Pantower Bezirksversammlung stand wieder die Angelegenheit des Stadtbaurats Jentzen zur Debatte. Genosse Mühlmann wies im Namen der Fraktion auf die unheilbaren Zustände hin, die durch das Verbleiben des Stadtbaurates im Amte im Bezirk entstanden seien. Schließlich fand ein demokratischer Antrag, der die Vermittlung des Oberbürgermeisters in der Angelegenheit fordert, gegen die Kommunisten Annahme. Eine erregte Aussprache erzeugte der Antrag der Kommunisten, der sich mit der Neuverpachtung des Bürgerparkrestaurants beschäftigte. Stadtbaurat Krenz (KPD.) wies darauf hin, daß es ein Skandal sei, daß die Bezirksversammlung auch in dieser Angelegenheit übergegangen worden sei, daß an der Eröffnungsfestlichkeit zahlreiche Vertreter der Rechtsparteien der Bezirksversammlung teilgenommen hätten, und daß ein Vertreter des Bezirksamtes „inoffiziell“ die Einweihungsrede gehalten habe. Das erregte bei einem großen Teil der Bevölkerung Mergernis, daß im Bürgerparkrestaurant ein Regimentsfest das andere ablöse. Die Neuverpachtung des Restaurants sei dringende Notwendigkeit. Der Antrag der KPD. wurde nach längerer Aussprache von den Bürgerlichen abgelehnt. Dem Pantower Arbeiterturn- und Sportverein, der, wie auch Bürgerliche lobend anerkannten, bisher mehr als 15 000 unentgeltliche Arbeitsstunden für die Schaffung eines großen Sportplatzes geleistet hatte, wurden 2000 M. an Mitteln bewilligt. Nur die Deutschnationalen stimmten gegen diesen Antrag. Wenn man bedenkt, daß die Reuanlage des Sportplatzes in der Riffingenstraße etwa 186 000 M. erforderte, so erkennt man, welche ausopfernde Arbeit von den Mitgliedern des Arbeiterturn- und Sportvereins geleistet wurde, die außerdem noch verpflichtet sind, den Platz bis 5 Uhr nachmittags den Pantower Schulen zu überlassen.

Postamtliche Straßenerzeichnisse mit Angabe der Zustellungspostanstalten gibt es jetzt von Augsburg, Bamberg, Berlin, Bremen, Breslau, Dresden, Eisleben, Frankfurt (Main), Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin und Stuttgart. Nur bei Angabe der Zustellungspostanstalt auf den Postsendungen kann die vorkünftliche Auslieferung gewährleistet werden. Auskunft über die Preise geben alle Postanstalten.

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenhaier Straße Moritzplatz

Boa-Lie
Zitronen-
Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Ausschenk: Erfrischungsräum

Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Fische u. Räucherwaren

Seelachs ganze Fische ohne Kopf, Pfd. 0.12	Kabeljau ganze Fische ohne Kopf, Pfd. 0.15
Schellfische . . . Pfd. 0.15	Makrelen Pfd. 0.22
Lebende Schleie Pfd. von 1.15 an	
Schellfische . . . Pfd. 0.30	Ahlbeck Flundern Pfd. 0.45
Fettbücklinge . . Pfd. 0.38	Aale Pfd. 2.45 2.90 Bund 0.48
Seelachs Pfd. 0.38	Lachs in Stücken, Pfd. 1.25 1.45

Matjesheringe Stück 6, 8, 10 Pf.	Neue Kartoffeln 5 Pfund 35 u. 42 Pf.
--	--

Geflügel

Junge Tauben Stück v. 0.85 an	Suppenhühner frisch Pfd. v. 1.30 an
Junge Gänse Pfd. von 0.95 an	Junge Enten . . . Pfd. 1.45
Ragout Pfd. 0.35	

Wurstwaren

Sülz- u. Dampfurst Pfd. 1.00	Speck fett u. mager, Pfd. 1.45
Landleberwurst . Pfd. 1.10	Jagdwurst Pfd. 1.50
Rotwurst Pfd. 1.10	Mettwurst Pfd. 1.50
Große Mettwurst Pfd. 1.30	Bier- u. Leberwurst Pfd. 1.70
Mortadella Pfd. 1.30	Schinken u. Salami Pfd. 1.80
Schinkenwurst . . Pfd. 1.45	Schinken u. Speck . . Pfd. 1.95
Fleischwurst . . . Pfd. 1.45	Nußschinken ca. 3 Pfund schwer, Pfd. 1.95

Konfitüren

Borkenschokolade Kerl. 0.30	Erfrischungswaffeln 1/2 Pfd. 0.29
Schokolade 4 Tafeln à 100 Gr. sortiert 1.00	Sandgebäck . . . Pfd. 1.00

Konserven

Apfelsmus Dose 1/2 0.62	Würstchen 3-12 Paar 2.45 4-6 Paar Dose 1.30
Ananas Hawaii in Scheiben 1.75	Oelsardinen portugies., Dose 0.38 u. 0.66
Rindfleisch a. Fleisch, Pfd. 1.20	Kondensierte Vollmilch 875 Gramm-Dose 0.35
Gulasch 1/2 Dose 0.60 1/4 1.20	
Tafelöl Pfd. 0.55 0.85 1.50	

Konfitüren

Himbeeren, Ananas, Erdbeeren 125	Apfelsauce „Hel-“ 245
Aprikosen . . . 3 Pfund-Eimer	„vaha“, Dose 5 Pfd. netto

Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfd. 90 Pf.	Kalbshalsfleisch u. Röhren, Pfd. 78 Pf.
Kalbskeule ganz und geteilt . . . Pfd. 1 M.	Hammelvorderfleisch u. Röhren Pfd. 90 Pf.
Schweinebauch mit Beilage . . Pfd. 1 M.	Schweinerücken u. Blatt Pfd. 1.05
Lieser u. Rücken fett . . . Pfd. 85 Pf.	Gehacktes Fleisch Pfd. 75 Pf.

Rinderkamm u. Brust sehr. Pfd. 55 Pf.

Gemüse u. Obst

Weiß- u. Wirsing Kohl . . Pfd. 8 Pf.	Junge Möhren Pfd. 8 Pf.
Junge Schoten Pfd. 10 Pf.	Blumenkohl u. Gurken Stück von 15 an
Pfefferlinge Pfd. 22 Pf.	Tomaten Pfd. 0.12
Eßbirnen Pfd. 0.15	Musäpfel Pfd. 0.28
Stachelbeeren Werd., Pfd. 0.18	Pfirsiche Pfd. 0.32
Weintrauben süße Alger Pfd. 68 Pf.	Zitronen Dupend 0.32
	Kleie ca. 10 Pfd. brutto 5.25

Am Freitag und Sonnabend in den Erfrischungsräumen:

Für die Kleinen:

1 Tasse Schokolade	} zusammen 25 Pf.
1 Windbeutel mit Schlagsahne	

Einkochgläser

für 1/4	1/2	3/4	1	1 1/2	2 Ltr.
hohe Form 34 Pf.	36 Pf.	38 Pf.	40 Pf.	—	—
weite Form —	40 Pf.	44 Pf.	46 Pf.	48 Pf.	55 Pf.

Gummiringe eng und weit, 10 Stück 40 Pf.

Bei Abnahme von 100 Stück Einkochgläsern 5 Proz. Rabatt

Käse u. Butter

Camembert vollfett, Stück 0.18	Holländer Pfd. 0.85
Romatour Stück 0.18	Emmentaler ohne Rinde 6 teil., Stück 0.88
Allgauer Stangen Pfd. 0.65	Steinbocher . . . Pfd. 0.95
Dänisch Gouda Pfd. 0.68	Schweizer dän. Pfd. 0.95 bayr. Pfd. 1.65
Edamer Pfd. 0.75	Margarin Pfd. 0.56
Tilsiter vollfett . . . Pfd. 0.85	Tafelbutter Pfd. 1.84

Naturbutter 1/2 Pfund-Stück 78 Pf.	Molkereibutter 1/2 Pfund-Stück 88 Pf.
--	---

Puddings u. Speisen

Puddingpulver m. Vanille- und Mandel-Geschmack, Pfd. 0.48	Saucenpulver mit Vanille-Geschmack, Pfd. 0.72
Puddingpulver m. Schokolade-Geschmack, Pfd. 0.72	Schokoladen-Speise mit gehackten Mandeln, Pfd. 1.10
Rote Grütze-Pulver Pfd. 0.72	

Gebrannter Kaffee

Konsum-Mischung Pfd. 2.30	Globus-Mischung Pfd. 3.80
Haushalt-Misch. . Pfd. 2.60	Residenz-Misch. . Pfd. 4.20
Sonder-Mischung Pfd. 3.00	Elite-Mischung . Pfd. 4.60
Olympia-Mischung Pfd. 3.40	

Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas	
Renetten-Apfelwein naturrein 0.50	1921 Dhroner Hengolberg (Wachstum Jacoby) 1.65
1923 Alsheim Goldberg blumig, voll 0.85	1921 Niersteiner voll-blumig 1.70
1922 Aldegunder Palmberg preiswerter Tischmossel 1.00	1921 Liebfraumilch II lieblich, besichtigend 2.00
1923 Langenlonsheimer feinschmelzig, Nabelwein 1.10	1922 Ingelheim Rotwein mild, fein 1.30
1922 Rüdesheimer Goller Rheingauer 1.30	Tarragona Rot 1.10
1921 Bullayer Herrenwald kräftig, blumig 1.35	Feiner Fruchtwein Johannisbeer-, Stachelbeer-, Kirschen- und Heidelbeerwein, Cyder 0.90
	Fruchtschaumwein einschl. Flasche u. Sekelsteuer 1.30

Faßwein zu Extra-Preisen

Saison-Ausverkauf Bedeutend herabgesetzte Preise Billige Warenposten Beginn 1. Juli

Kameraden.

Von Peter Suhrkamp.

I.

Wenn Männer untereinander sind, da gibt's am Anfang und lange nichts zu reden. Und was Kameraden sind, da ist Liebe kein Wort; möglich, daß einer den anderen betrog, vor der Zeit. Da waren Jann Plagemann und Hinnerk Lulei aus der kleinen Stadt an der Wesermündung. Groß und ein gutmütiger Junge, Hände im Hosensaß, Ellenbogen auswärts gestellt, verwittert, ein altes Flußsegel, das war Jann Plagemann; zierlich und ein patenter Kerl, gewicht und helle, eine tänzelnde Vögel: Hinnerk Lulei.

Hinnerk Lulei hatte in der kleinen Stadt die Anngritt. Jann Plagemann hatte Anngritt, die Frau von Hinnerk, geliebt, bevor beide Männer die Fahrt auf der Silvia Carmen machten. Frau Lulei hatte das süß gefunden, und es ginge Hinnerk eigentlich wenig an. Sie hatte nun, da Hinnerk und Jann draußen waren, einen dritten Matrosen.

Anngritt wußte, daß die Silvia Carmen „ein Kandidat“ war, mit wenig Hoffnung. Für jeden Seemann, Kapitän wie Matrosen, kommt die Zeit, wo die Schiffe nicht mehr besser werden, weil keine Auswahl bleibt, und einmal gilt er als aufgegeben, und es fragt keiner nach ihm. So stand es um Hinnerk und Jann, das war es, was die beiden Liebhaber von Anngritt, die beiden Rivalen, auf dem alten Kasten zusammenbrachte. Und so stand es mit Kapitän Quersfen.

Quersfen war Kapitän, weil er in dem Alter war, und weil man ihn als Offizier nicht länger verwenden konnte. Er herrschte, indem er von Zeit zu Zeit im Uniformrock mit den breiten Goldtressen am Aermel, im übrigen verwildert in Haar und Bart, aus seiner Kabine auftauchte, tobend und brüllend über Deck stampfte, sein Name sei Quersfen, Kapitän Quersfen und sein Schiff fahre zur Hölle. In der Kabine wartete der Schiffsarzt mit heißem Rum auf ihn. Es war etwas von einem böartigen Kind an Kapitän Quersfen. Man kann sagen, daß er sie alle im Stich ließ; wäre nicht ein tüchtiger Offizier an Bord gewesen, der Ordnung schuf und das Rumschiff, das die Mannschaft an Bord gebracht hatte, in der Nordsee übers Heck warf, die Silvia Carmen wäre schon im Kanal zum Teufel gegangen.

Die Ordnung des ersten Offiziers hatte nicht in allem eine gute Wirkung; weil die Leute nüchtern sein mußten, hatten sie Zeit zum Nachdenken. Als die Mannschaft am Morgen nach dem Sturm, den die Silvia Carmen im Kanal zu bestehen hatte, an Deck kam, fand jeder, daß es ein besonderes, grünes Licht über den Sturzwellen sei, das einem einen richtigen Kagenjammer und speiübel mache, daß der Himmel verschmiert sei, wie mit Seife, zum Anspeien, und daß die Silvia Carmen selbst grün leuchte. Da war allen klar, daß der Kasten eine Riete war; die sie gezogen hatten, und daß jeder, der von dieser Fahrt war — so dachte einer über den anderen — auch eine Riete war. Bei seinem Gang über Deck stoppte an diesem Morgen jeder vor dem anderen eine Sekunde, gerade so lange, daß er mit einem Blick sein Gesicht streifen konnte, um festzustellen, daß das Gesicht auch hin war, und daß da ein grünliches, Ausgetrocknetes anstatt der Bilage war, und dann erst ging er weiter ans Heck, spuckte ins Wasser, ging wieder zurück übers Deck und verschwand in der Bad. Drin wurden, obgleich es Morgen war, Lichter angebracht, damit man das grüne Licht vor den Luken nicht sah, und wurde geschwätzt in großen und vornehmen Worten, aber nichts vom Schiff und von einem besonderen Licht, und vom Hof des einen auf den anderen, nur warf einer einmal, kindisch und böse, sein Messer auf einen.

Jann und Hinnerk blieben zurzeit allein an Deck. Sie hatten die Wach gehabt in den letzten Nachtstunden und noch während des Sturmes. Der Himmel selbst war ein einziges ungebeutes donnern-das Meer gewesen; der Sturm hatte ihnen den Atem aus den Rüstern gesogen. Und der mächtige Junge Jann hatte gestöhnt und gejammert mit klappernden Zähnen: „Nie wieder, nie wieder,“ mindestens tausendmal: „Nie wieder.“ Sie standen nun im grünen Licht über den schwindenden Wassern. Die stumme, klappernde Prozession der Kameraden war in der Bad verschwunden. Jann und Hinnerk stauten einander an. „Was nie wieder,“ brachte Hinnerk endlich heraus. Die Antwort war schwach und fern her, als spräche eine ertrunkene Seele: „Nie wieder ein schlechtes Ding.“ Da sah ein Zittern in sie, das nicht die Kälte war, ein ganz anderes, es wärmte fast ein wenig. Das war ein Gedanke, den sie beide, jeder wie er da stand und mit geröteten, beißenden Augen den anderen ansah, hatten: Daß es sie doch reifen würde, daß sie doch hin sein würden. Was für jämmerliche winzige Kreaturen waren sie in dem mächtigen Sturm Gottes; der würde es allen besorgen, ohne Ausnahme. Kamerad, was bist du für ein Vögelschen.

II.

Als Jann und Hinnerk nach der Ablösung in der Bad, lagen, und die Lichter waren schon gelöscht, weil man es jämmerlich gefunden hatte, am hellen Tag besonderes Licht zu haben, meinte Hinnerk, daß Jann wie ein Kind sei, das man noch einpacken müsse, er steckte ihm die Decke am Rücken hinein. Jann froch noch einmal heraus, hängte seinen Sweater vor die Luken, weil er merkte, daß Hinnerk den Blick von dem sinnlosen Wasser nicht losbrachte. Was Jann und Hinnerk in allen nächsten Tagen taten, war vornehm, als wären sie nicht zwanzig Jahre zur See gefahren. Als in Port Said die übrige Mannschaft, wie es im Bädeler des Seemanns über die Hafenstädte nicht anders verzeichnet ist, zu Weibern ging, sahen sie, ohne den Grund zu verstehen, mit den Allüren von Gentlemen auf der Terrasse eines europäischen Hotels, sie hätten sich vor einander geschämt bei den Weibern. Und Jann war so degeneriert, daß er sich dreingemischt hätte, als der breitmäulige schottische Kuli vor dem Hotel einen Keger mit dem Leibgurt traktierte, wäre Hinnerk nicht gewesen. Denn Hinnerk übertraf in diesem Moment noch Jann in der Vollendung. „Laf nur, Jann. Du kannst nicht das Freundschaft der ganzen Welt sein. Laf nur.“ Das sind genau die Worte von Hinnerk, als er vor Jann stand, bevor er voran davon ging, und Jann, das Flußsegel, schunkelte hinter ihm drein. In denke, daß es nicht die einfachen Worte eines Matrosen sind und kaum die gewöhnliche Rede eines Menschen; ein Seemann hätte bei diesem Spruch auf eine Art ausgespuckt, als schiffe er eine ranzige Dattel aus. So stand es nun mit Jann und Hinnerk, daß sie, ohne einen Grund überhaupt zu suchen, ausschweifend waren im Bedürfnis zum Gutssein voreinander, und in der besonderen Feinheit in ihrer Art.

Aber was auch die stärksten Männer auftrieb, das war, im Indischen Ozean, den langen Tag die gotteslästerliche, unzüchtige Sonne auf einem sehr sinnlosen Wasser, in der Nacht die tollen Sterne an einem Himmelstappen aus weichem dunklen Sammet,

Von der Reichseisenbahn.



Die Selbstherrlichkeit des Reichskabinetts ist plötzlich gegen eine preussische Barriere gefahren!

und die irrsinnigen Heimatlieder, die mit der Dämmerung, noch unhörbar, die Leute überfielen, und später in der Nacht lagen sie dick und schwarz über der Mannschaftsbad, das waren die Lauge-weiße und der Rum jeden Tag gegen das Fieber. Damals war es, als der Kapitän an einem Tage, an dem die Silvia Carmen mit einem Kesselbruch manövrierunfähig lag, auf der Brücke stand und den alten Vers aus Adershad sang:

Kleine Lämmer auf falscher Wief
Schwarze Schafe, die man vertief,
Verlorene Söhne beim Sauspiel,
Verdammt schon hier und am jüngsten Tag.

Und die Leute, höchst gottlose Kreaturen, fangen alle und sprangen in einer Art Gorillatanz dazu.

III.

Bei Jann und Hinnerk äußerte es sich schon sehr früh in Schwermut. Selbstam, von den beiden hatte es zuerst den großen breiten Jann. Es fing damit an, daß er eine Nacht lang in seiner Koje aufsaß, die Hände über den hochgezogenen Knien. Wenn Hinnerk diese Nacht aufwachte, sah Jann noch ebenso da; wenn er ihm wenigstens die Moskitos abgesehen hätte, aber nein! Was hatte der unheimliche Madenack da zu sitzen in der Nacht, und was fiel ihm ein zu denken; verflucht, leg dich hin! Als er aber am nächsten Tag nicht aufhörte mit Sighen und Schweigen, gab es ihm Hinnerk: „Wenn du jetzt noch sitzt und die Hände stützt, und mit dem Leichenbittergeflücht, dann gebe ich dir eins auf den Kopf, dann haue ich dich krumm, bis dir das Maul vergeht.“ Dazu kam es nicht — den Abend hatte es auch Hinnerk. Da saßen sie dann, Jann und Hinnerk, und stützten die Hände. Die Fliegen saßen in schwarzen Schwärmen auf jedes Gesicht; aus den Löchern kamen die Ratten.

Den Abend darauf waren Jann und Hinnerk als Wachen auf Deck. Ueber einem langweiligen Wasser kam ein gefährlicher Mond herauf. Links lag ein schwarzes Segel wie ein Verweigerungstakt im blauen Himmel.

„Woran denkst du, Jann?“ fragte Hinnerk.

„Laf mich. — Aber wenn du es wissen mußt: Ich denke an Anngritt.“ gab es ihm Jann und stolperte böse ans Heck. Das ist eine Art Antwort. Aber wer weiß, was Hinnerk begriff. Wer, unter Kameraden, hätte an eine Teufelerei geglaubt.

Da stehen Jann und Hinnerk, Arm in Arm, und sagen gute Worte und sagen heiße Worte über Anngritt, über das Weib, und preisen voreinander die Geheimnisse von Anngritt mit schamlosen Worten, und weinen miteinander, die beiden Männer. Aus dem Kesselraum klingt blechern Hämmer. Der Mond über dem Wasser ist ein riesiger Lampion im Traum von Betrunknen.

Jann wird zu Hinnerk und Anngritt ziehen, wenn das hier jemals ausbört.

Zum Teufel, dieser Ehemann hat Vorstellungen von der Welt wie ein Zahnhüter. Es ist Jann, der das nicht begreift. Und der Mond, dieser rote Lampion, kann einen Menschen verrückt machen, der schon nicht mehr ganz fest beisammen ist. Von hielt Hinnerk am Krügen: „Ob du nun hören willst oder nicht! Anngritt und ich, wir haben es dir besorgt.“ Hinnerk wieherte. (Schluß folgt.)

Staatsmann und Liebhaber.

Seit Jahrhunderten besteht ein feindseliges Verhältnis zwischen England und Irland und bisher sind noch alle Versuche, einen Ausgleich zwischen diesen beiden Böltern zu schaffen, gescheitert. Die Irländer, die unter der härtesten Bedrückung Englands zu leiden hatten, sahen in jedem Engländer einen Feind ihres Landes und ihres Volkes. Im englischen Parlamente bildeten sie eine besondere Partei, die einen erbitterten Kampf führte um Irlands Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war ihr Führer Charles Parnell, ein ungewöhnlich begabter Redner und tüchtiger Staatsmann, der unter seinen Landsleuten eine ungemaine Verehrung genoh und wegen seines großen Einflusses der ungeliebte König von Irland genannt wurde. Dabei war er der einsamste Mensch, den man sich nur denken kann. Er war Junggeselle, hatte keine Familienangehörigen und verkehrte mit niemandem, auch nicht mit seinen Parteigenossen. Als er auf der Höhe seines Ruhmes stand, trat eine Frau in sein

Leben, die sein Schicksal wurde, die ihn unbeschreiblich glücklich machte, aber auch Schuld daran trug, daß er von dieser Höhe herabstürzte und seine Ehre, seine Stellung und sein Ansehen verlor.

Es war dies die Frau O'Shea, die Gemahlin eines irländischen Kapitäns, der ein eifriger Parteigänger Parnells war. Im Jahre 1880 siedelte das wohlhabende Ehepaar nach London über und veranfaltete in seinem Hause Gesellschaften, zu denen die irländischen Abgeordneten eingeladen wurden. Alle Abgeordneten folgten der Einladung, nur Parnell hielt sich harmlos fern und ließ nichts von sich hören. Da entschloß sich die Frau O'Shea, den berühmten Mann im Parlament aufzusuchen und sich von ihm persönlich Aufklärung zu holen über sein ablehnendes Verhalten. Sie schickte ihm ihre Karte hinein und Parnell empfing sie in seinem Zimmer: ein langer, harter Mann mit totbleichem Gesicht. Die beiden Menschen, die sich noch niemals gesehen hatten, blickten sich in die Augen und damit war ihr Schicksal entschieden. Parnell verliebte sich Hals über Kopf in die Frau, und auch ihr Herz schlug ihm entgegen. Als sie in den Wagen stieg, der sie heimbringen sollte, und als sie dem neuen Freunde die Hand zum Abschied reichte, entließ ihrer Hand eine weiße Rose, die Parnell aufhob, an seine Lippen drückte und dann in sein Knopfloch steckte. Diese Rose hat er zeitlebens bei sich getragen und nach seinem Tode fand man sie unter seinen Papieren.

Seit verkehrte Parnell tagtäglich im Hause O'Sheas, und als er kurz nachher schwer erkrankte, wurde er von der Hausfrau sorgsam gepflegt. Eines Tages hörte die Frau, wie er in einem bestigen Fieberschauer ausrief: „Steuere vorsichtig aus dem Hafen heraus, denn es sind dort gefährliche Klippen!“ Aber es war schon zu spät, das Steuer war seinen Händen entglitten, die Liebeslebenskraft hatte von dem Ranne, der noch niemals in seinem Leben geliebt hatte, Besitz ergriffen. Die Ehe der O'Sheas, die von Anfang an unglücklich war, bestand schon damals nur dem Namen nach, und der Ehemann, der sich zurückzog, räumte dem Liebhaber das Feld. Bald wurde das Verhältnis der beiden Liebeseuten immer inniger, und Parnell schrieb leidenschaftliche Briefe an die Geliebte: „Mein teuerstes Weib! Ich bin dein Mann, dein Geliebter, dein Alles im Guten und Bösen. Für Irland will ich mein Leben opfern, dir aber gebe ich meine Liebe, sei dies nun dein Himmel oder deine Hölle. Das ist nun einmal unser Schicksal, ich wußte es, als ich das erste Mal in deine Augen blickte.“ Die Geliebte verstand es, dem vielbeschäftigten, mit Sorgen und Staatsgeschäften überlasteten Manne das Leben angenehm zu machen. In ihrem Hause fand er sein Heim, wo er sich ausruhen, wo er sich als Mensch fühlen konnte. Wenn er von stürmischen Parlamentskämpfen heimkehrte, umgaben ihn bei der Geliebten alle kleinen Bequemlichkeiten. Sie wurde ihm niemals lästig, sie fragte nicht, sondern war, bis er ihr sein Herz ausschüttete und seine geheimsten Gedanken anvertraute: endlich hatte der einsame Mann einen Menschen gefunden, der sein ganzes Innere ausfüllte.

Da seine Stellung im Hause O'Sheas allmählich unendlich wurde und Anstich erregte, setzten sich die Liebenden mit dem Ehemanne friedlich auseinander. Die Ehe wurde geschieden und Parnell machte seine Geliebte zu seiner rechtmäßigen Gattin. Es wurde eine glückliche, aber kurze Ehe, denn schon waren Kräfte am Werke, das Liebesglück der beiden zu vernichten. Die öffentliche Meinung in England beschäftigte sich mit der Sache und wandte sich gegen das „ehereherische“ Verhältnis. Das heuchlerische England, das das heimliche Verhältnis eines Mannes mit einer verheirateten Frau mit dem Mantel der Liebe zudeckt, schäufte vor sittlicher Entrüstung, als dieser Mann die Geliebte, die seit langem seine Gattin gewesen war, in ihre Rechte vor dem Gesetz einsetzte. Ein Sturm der Entrüstung durchbrauste das Land, die politischen Gegner Parnells benutzten die willkommene Gelegenheit, den gefährdeten Mann unschädlich zu machen und auch die meisten der eigenen Parteigenossen ließen ihn allmählich im Stiche. Die Gerichte strengten einen Ehebruchspruch an, und als eine Verurteilung erfolgte, war sein Schicksal besiegelt. Er war gerichtet und verurteilt, er mußte sein Mandat niederlegen und aus dem politischen Leben ausscheiden, aber niemals hat er seine Tat bereut, niemals hat er Gewissensbisse empfunden über seine Liebe und seine Ehe. Schon kurz nachher, im Jahre 1891, machte ein jäher Tod seinem Dasein ein Ende. Seine hinterlassene Witwe hat ihn in einem Buche „Parnells Leben und Liebe“ ein schönes Denkmal gesetzt.

F. L.

Eine Junggesellensteuer in Griechenland. In dem griechischen Ministerium für Finanzen und Justiz wird gegenwärtig ein Entwurf ausgearbeitet, der eine Junggesellensteuer vorsieht. Wohl zum ersten Male in der Geschichte dieser Steuerform sollen auch unverheiratete Mädchen über ein bestimmtes Alter von der Steuer betroffen werden; die Steuer soll für Personen zwischen 24 und 40 Jahren 150 R., für Personen über 40 Jahre 50 R. jährlich betragen.

Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften.

Private und gemeinnützige Kapitalpolitik.

Seit der Gründung der von den Gewerkschaften und Genossenschaften 1913 ins Leben gerufenen Versicherungsgesellschaft „Volkspflege“ hat sich das Interesse der Arbeiterbewegung auch dem Versicherungswesen in erhöhtem Maße zugewandt. Da aber trotzdem über die finanzielle Seite dieses Wirtschaftszweiges noch ziemlich große Unklarheit besteht, soll hier einmal die Bedeutung der Versicherungsunternehmen auf dem Geldmarkte gewürdigt werden.

Die Kapitalmacht der Versicherungsunternehmen.

Nach der Statistik des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung erreichte 1911 die Kapitalanlage der von ihm beaufsichtigten Privatversicherungsgesellschaften die Gesamthöhe von 5,85 Milliarden Mark. Die Summe einschließlich der Gelder der Transportversicherungsgesellschaften betrug sogar 6 Milliarden Mark. Auf die Lebensversicherungsgesellschaften allein entfielen hieron 5,03 Milliarden Mark. Das sind Zahlen, die Zeugnis ablegen von dem gewaltigen Einfluß dieser Wirtschaftsguppe auf dem Geldmarkte. Sie wirken noch anschaulicher, wenn man bedenkt, daß die Sparkassen Deutschlands — etwa 3000 — zur selben Zeit nur 17 bis 18 Milliarden Mark Spareinlagen verwalteten, gegenüber einem Kapital von rund 5 Milliarden Mark bei nur etwa 50 Gesellschaften. Diese frühere Macht ist zurzeit durch die Inflation auf einen Bruchteil zusammengeschrunken; die nach der Stabilisierung der Währung mit großem Erfolge wieder einsehende Werbearbeit der Versicherungsgesellschaften wird aber zweifellos in wenigen Jahren den alten Einfluß wieder herstellen. Auch die zu beobachtende Bildung großer Versicherungskonzerne, an denen die Industrie wachsenden Anteil hat (Berling-Konzern, Allianz-Konzern usw.), ist ein Beweis für die große Kapitalmacht der Versicherungsgesellschaften, die sich dienstbar zu machen, die Industrie bemüht ist. Der Kampf dieser Konzerne untereinander ist ein weiteres Zeichen für die Bedeutung der hier wirkenden Finanzkräfte.

Die Formen der Kapitalanlage.

Die Versicherungsgesellschaften sind in der Anlage ihrer Gelder nicht frei, sondern den Vorschriften unterworfen, die das Privatversicherungsgesetz für die Kapitalanlagen der Gesellschaften enthält. Diese Vorschriften haben bindende Kraft, und die Revisionsinstanz des erwähnten Amtes übermacht die Durchführung dieser Bestimmungen durch Revisionen der einzelnen Versicherungsgesellschaften. Bis zum Jahre 1923 fanden die Gelder Anlage in Form von

- a) erstellten Hypothekendarlehen, vornehmlich auf Wohngrundstücke,
- b) Wertpapieren, die vom Reich oder den Ländern als mündelicher erklärt waren,
- c) Darlehen auf Policen,
- d) Kommunaldarlehen.

Die Anlage von Geldern für eigene Grundstücke der Gesellschaften war beschränkt. Es bedurfte und bedarf zum Erwerb eines Grundstücks in jedem Falle der besonderen Genehmigung des Amtes. Diese wurde in der Regel nur bei Nachweis des eigenen Bedarfs für Verwaltungszwecke gewährt.

Die Praxis in der Kapitalanlage der Versicherungsgesellschaften vor dem Kriege hat gezeigt, daß sie ihr Geld überwiegend in erstellten Hypotheken anlegten. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil ihrer Gelder wurde für andere Arten verwandt. Insbesondere waren Wertpapiere wenig gesucht, da mit ihrem Erwerb die Gefahr von Kursverlusten verbunden war. Die anderen Anlagearten schloßen diesen für die Bilanzierung unter Umständen sehr wesentlichen Nachteil nicht ein. Langfristige Hypothekendarlehen konnten um so mehr bevorzugt werden, als die Gesellschaften in der Lage waren, ihre Versicherungsleistungen aus den laufenden Einnahmen zu bedecken.

Das Verhältnis der einzelnen Anlagearten

zueinander, stellte sich nach der Statistik Ende 1914 prozentual wie folgt:

Das Gesamtvermögen aller von der Statistik erfaßten Lebensversicherungsgesellschaften war zu 80 Proz. in Hypotheken, zu 5 Proz. in Wertpapieren und zu 15 Proz. in Darlehen auf Policen angelegt, der Rest ist in Kommunaldarlehen, Grundstücken und reichsanfälligen Wechseln zu suchen.

Für die Feuerversicherungsgesellschaften stellen sich die Sätze darum anders, weil sie ihrem stärkeren Bedürfnis nach Flüssigkeit Rechnung tragen müssen. Die Prozentlagen waren hier 2. B. für Hypotheken 50 Proz., für Wertpapiere 38 Proz.

Die Prozentlagen für alle Gesellschaften betragen: für Hypotheken 75 Proz., für Wertpapiere 10 1/2 Proz., für Kommunaldarlehen 5 Proz. und für Grundbesitz 2 1/2 Proz.

Während des Krieges, d. h. zu einer Zeit, da das Reich sich mit einem starken Appell an die nationale Gesinnung auch der Versicherungsgesellschaften zur Zeichnung neuer Anleihen wandte, sind für Wertpapiere (Kriegsanleihen) so enorme Summen von den Gesellschaften angelegt worden, daß sich die Prozentlagen für Wertpapiere wesentlich steigerten und die für Hypotheken ebenso zurückgingen. Die Sätze waren nun: für Hypotheken 64 Proz., für Wertpapiere 14 Proz. und für Kommunaldarlehen 14 Proz.

Bei dieser Veränderung in der Anlage der Gelder ist zu beachten, daß Hypothekendarlehen während des Krieges nicht in dem Maße wie früher gesucht waren, weil der Bauplatz mehr und mehr zum Erliegen kam.

Die früher für die Kapitalanlage sehr eng gezogenen gesetzlichen Vorschriften haben zu einem erheblichen Teil die riesigen Verluste der Versicherungsgesellschaften durch die Inflation verschuldet. Durch diese trüben Erfahrungen wurde die Unhaltbarkeit der Vorschriften bewiesen und letztere in der zweiten Hälfte des Jahres 1923, d. h. als es zu spät war, durch andere Vorschriften ersetzt.

Nach den jetzt gültigen Bestimmungen ist die Bewegungsfreiheit der Gesellschaften in der Anlage ihrer Gelder eine erheblich größere geworden. Die Gesellschaften haben nun das Recht, auch kurzfristige Darlehen unter dinglichen Sicherheiten bis zu einem Vierteljahr, in Ausnahmefällen bis zu einem halben Jahre, zu gewähren. Eine wesentliche Bestimmung besteht in der Möglichkeit, in begrenztem Maße Industriepapiere kaufen zu können.

Die hohen Werbungskosten.

Was heute die Anlage in langfristigen, erstellten Hypotheken angeht, so ist über die heutige Praxis in dieser Beziehung Charakteristisches kaum zu sagen, da die vorliegenden Geschäftsberichte der Versicherungsgesellschaften für das Geschäftsjahr 1924, das erste Aufbaujahr berichten, ein abschließendes Urteil nicht gestatten. Die Bilanzen für das Geschäftsjahr 1925 liegen erst teilweise vor. Soweit sich jedoch übersehen läßt, hat es den Anschein, daß die Gesellschaften einwachen das Hypothekendarlehen nicht in dem Maße betreiben, wie früher, vielmehr ihr Geld zu einem erheblichen Teile in ertragreicheren Anlagen arbeiten lassen, als es Hypotheken heute noch sind. Für die Beurteilung der heutigen Kapitalanlagemöglichkeiten der Gesellschaften ist wichtig, zu wissen, daß das forcierte Neugeschäft der Gesellschaften Verwaltungskosten (Werbungskosten) in einem Maße verursacht, das als abnorm hoch zu bezeichnen ist. Das überaus kostspielige Neugeschäft verbraucht von der Prämie für Werbungszwecke erheblich mehr als in normalen Zeiten. Es steht somit der Wehrzahl der Gesellschaften für die Zwecke der Kapitalanlage erheblich weniger zur Verfügung als früher. Hieraus ergibt

sich zwingend das Bedürfnis der Gesellschaften, die Quelle der Zinseinnahmen so ergiebig fließen zu lassen wie nur irgend möglich.

Genossenschaftliche Kapitalverwendung.

Die von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Volkspflege muß ihrem Wesen nach von grundsätzlich anderen Gesichtspunkten aus ihre Gelder anlegen, obgleich auch sie durch den Konkurrenzkampf gezwungen wird, im Interesse ihrer Versicherten die Kapitalien mit dem höchstmöglichen Ertrag zu vergeben. Das von den Gründern der Volkspflege aufgestellt Prinzip, die aus den breiten Massen herauskommenden Bräutigelder wieder in deren Dienst zu stellen, und die in den wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Arbeiterschaft (Konsumvereine, Bau- und Siedlungsgesellschaften, Bauhütten, Gewerkschaftshäuser, Druckereien usw.) herrschende große Kapitalnot geben der Finanzpolitik der Volkspflege einen bestimmten Charakter. Die Gesellschaft gibt ihre Gelder überwiegend in Form erstellter Hypotheken auf den Grundbesitz der gekennzeichneten Unternehmen und macht diese dadurch unabhängig von den privatwirtschaftlichen Geldinstituten. Sie hat sich bereits als eine beachtliche Geldquelle für die finanziellen Bedürfnisse der Arbeiterunternehmen erwiesen, und sie wird dieser ihrer Aufgabe in um so höherem Maße gerecht werden können, je größer sie selbst durch den Abschluß von Versicherungen wird.

Das Interesse der Arbeiterschaft.

Die Versicherungsgesellschaften werden in wenigen Jahren wieder die alte Macht auf dem Geldmarkte erlangt haben, und es ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß sie auch für die Folge denjenigen Kapitalanlagen ihr Interesse wieder zuwenden werden, die ihnen die sicherste Garantie für die Wertbeständigkeit ihrer Anlagen bieten; das aber sind noch immer erstellte Hypotheken auf Wohngrundstücke. Der Hypothekemarkt wird das Feld sein, auf dem das Versicherungskapital — wie früher — seine finanziellen Schlägen schlagen wird. Die Arbeiterschaft, deren wirtschaftliche Unternehmungen sich zu einem erheblichen Teile — angeleitet durch die noch immer herrschende große Wohnungsnot — auch dem Wohnungsbau zugewandt haben, hat das größte Interesse daran, den Hypothekemarkt in einer dem Wohnungsbau und der Wohnungsbewirtschaftung zuträglichen Weise zu beeinflussen. Die Wohnungen werden um so billiger hergestellt und vergeben werden können, je billiger das Geld ist, das in diese Art von Bauten in Form von Hypotheken investiert wird.

Um ein Bild über die Entwicklungsmöglichkeiten der Volkspflege zu geben, wollen wir anführen, daß im Jahre 1914 eine einzige Gesellschaft Hypothekendarlehen in Höhe von über 800 Millionen Mark in ihrer Bilanz aufzuführen konnte. Die Volkspflege stützt sich auf die breite Masse der deutschen Arbeiterschaft, hat also ein Wirkungsfeld, über das keine andere Gesellschaft verfügt. Sie mühte daher bei richtiger Erkenntnis der Bedeutung dieses Kreditinstitutes in verhältnismäßig wenigen Jahren zu einem einflussreichen Unternehmen anzuwachsen können. Bei diesen Ausichten erscheint die Summe, die die Volkspflege bis heute angelegt bzw. fest verbindlich zugewandt hat, — rund 20 Millionen Mark — sehr klein; sie gewinnt aber an innerer Bedeutung, wenn man weiß, daß mit diesem Betrage einer großen Anzahl der verschiedensten Arbeiterunternehmen die finanzielle Bewegungsfreiheit erhalten geblieben bzw. wiedergegeben worden ist. Gemeinsam mit den übrigen Kreditinstituten der deutschen Arbeiterschaft — der Bankeinstellung der Großhandelsbanken, der Konsumvereine, der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten — kann die Volkspflege mitwirken an der tatkräftigen Verfolgung der wirtschaftlichen Forderungen der deutschen Arbeiterschaft.

Zur Kritik der Reichsbankpolitik.

Ueberraschenderweise ist die Börse auf die am Dienstag erfolgte Herabsetzung des Reichsbankdiskonts nicht mit der lebhaftesten Aufwärtsbewegung der Kurse eingegangen, die man sonst bei ähnlichen Anlässen beobachten konnte. Vielmehr zeigte sich bei großen Umläufen eine gewisse Nervosität, die auf die verschiedensten Momente zurückgeführt wird, die aber deutlich beweist, wie man selbst an der Börse sich über die mutmaßlichen Wirkungen der Diskontherabsetzungen sich durchaus nicht im klaren ist. Dieser Umstand sowie einige Zuschriften aus unserem Leserkreis geben uns Veranlassung, auf die Frage der Reichsbankpolitik noch einmal zurückzukommen. Die Fehler, die die Reichsbank bei der Festsetzung ihrer Geldleihe gemacht hat, gehen bis in die frühesten Zeiten der Stabilisierungsperiode zurück. Damals hat die Reichsbank es versäumt, sich die Herrschaft über den Kapitalmarkt zu sichern und durch Maßnahmen, die weit über den Rahmen der Zinspolitik hinausgehen mußten, die Leitung des geringen vorhandenen Kapitals an die Stellen des volkswirtschaftlich dringendsten Bedarfs zu erzwingen. Als die Krise ihren Höhepunkt erreichte, gingen die Zinssätze des freien Geldmarktes zurück und die Reichsbank mußte notgedrungen ihren omittlichen Gelddienst den des privaten Marktes anpassen. Diese Entwicklung war, wie auch in unserem Artikel angedeutet wurde, volkswirtschaftlich richtig; sie liegt auch im Interesse der Arbeiterschaft, da sie auf die Dauer die Anhebung der darniederliegenden Produktion bei niedrigeren Sätzen für Reihkapital erleichtern muß.

Noch immer aber sind insbesondere durch die Provisionspolitik der Banken sowohl wie durch die Art der Auswahl der Kreditnehmer bei der Gewährung von Darlehen und Wechselkrediten schwere organische Fehler bei der Vergabe der verfügbaren langfristigen Gelder zu verzeichnen. Bekannt ist die Klage der Landwirtschaft und der kleinen und mittleren Industrie über die erdrückend hohen Provisionen. Wenn auch am Markt der langfristigen Anlagen insbesondere durch die Anleihepolitik der Länder und Gemeinden eine gewisse Gesundung zu beobachten ist, so sind die Störungen bei der Vergabe von Bankkrediten noch überall offenkundig genug. Bevorzugt werden diejenigen Betriebe, an denen die Banken ein eigenes finanzielles Interesse haben, nicht diejenigen Unternehmungen, die volks- und privatwirtschaftlich den günstigsten Ertrag versprechen. Hier muß die Reichsbank nach Mitteln und Wegen suchen, in den Markt einzugreifen. Viel zu lange hat man gezögert, bis man überhaupt sich an eine Erhebung über die Zinsbedingungen der Privatbanken hermachte, über deren Ergebnisse heute übrigens noch nichts Wesentliches bekannt ist. Die Reichsbank muß ihre Aufgabe begreifen, auch ihrerseits zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Begünstigung produktiver Arbeitsleistung beizutragen. Sie vermag dabei durch ihren Einfluß auf die Kapitalverteilung und auf die Kreditbedingungen der Banken außerordentlich viel. Nach dieser Richtung hin bedarf die Reichsbankpolitik einer Erweiterung; die an sich richtige und durch die Entwicklung des privaten Geldmarktes bedingte Ermäßigung des Diskonts ist nur eins und nicht einmal das entscheidende Mittel dieser Politik.

Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 7. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 30. Juni um 1,3 Proz. auf 128,6 gestiegen. Bei weiter anhaltenden Getreidepreisen erhöhte sich die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um 1,9 Proz. auf 131,0; während die der Industrierstoffe nur leicht auf 124,1 anstieg.

Wirkungen des englischen Kohlenstreiks.

Die Londoner Handelskammer faßt ihre soeben veröffentlichten Aufstellungen über die Wirkungen des Kohlenstreiks auf die englische Wirtschaft wie folgt kurz zusammen: Der Gesamtexport für Juni zeigt einen Rückgang von 53 Mill. Pfund Sterling im Vergleich zum Juni 1925. Besonders schwer betroffen ist die Eisen- und Stahlindustrie, deren Produktion von 85 000 Tonnen pig iron und 48 000 Tonnen Stahlbaren und Gußstahl 1/2 bzw. 1/30 von der Produktion des Monats Juni 1925 darstellt. Im Betrieb waren im Juni 19, im Mai dieses Jahres 23 Hochöfen, während noch im April 147 Hochöfen unter Feuer waren. Die Eisen- und Stahlindustrie ging um 225 000 Tonnen zurück und war bereits im Mai auf 325 000 Tonnen verringert. Kohlen wurden überhaupt nicht exportiert; im Mai noch 1 148 368 Tonnen gegen Mai 1925 mit 4 652 464 Tonnen. Die Kohleneinfuhr stellt sich auf 695 000 Tonnen im Juni, davon 110 000 aus Amerika.

In der Textilindustrie hat sich ebenfalls der Mangel an Betriebskraft stark fühlbar gemacht; bis jetzt haben 30 größere Baumwollfabriken die Arbeit eingestellt, während eine weitere große Anzahl nur jede zweite Woche arbeiten kann. Die Verluste der Textilindustrie bisher werden durch den Kohlenstreik auf 1 Million Pfund geschätzt. Einer der am stärksten in Mitleidenhaft gezogenen Industriezweige ist die Töpferindustrie, von deren 30 000 Facharbeitern bereits jetzt 17 500 arbeitslos sind. Das Parlament hat bekanntlich die Regierungsvorlagen für Kohleneinfuhr im Ausland in Höhe von 3 Mill. Pfund Sterling genehmigt. Mit Ausschluß der streikenden Bergarbeiter stellt sich die Arbeitslosenliste auf 1 638 600, das sind 334 367 Arbeiter mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres (Ende Juni). Einschließlich der Bergarbeiter stellt sich die Ziffer auf 3 Millionen.

Die erste deutsche Englandanleihe stark überzeichnet. Aus London kommt die Mitteilung, daß die Anleihe des Provinzialverbandes Westfalen auf dem englischen Kapitalmarkt überzeichnet worden ist. Der Erfolg dieser Anleihe ist von besonderer Bedeutung, weil die westfälische Provinzialanleihe seit der Aufhebung des englischen Anteils der Dames-Anleihe die erste ist, die von Deutschland in England untergebracht wurde. Bis zum Dezember vorigen Jahres war der englische Kapitalmarkt bekanntlich aus Währungsgründen überhaupt für Auslandsanleihen gesperrt (Embargo). Die Westfalenanleihe lautete über 835 000 Pfund Sterling, rund 16,7 Mill. Mark. Sie ist 7prozentig, läuft auf 25 Jahre und wurde zu 98 1/2 Proz. aufgelegt. Außer dem Provinzialverband sind an der Anleihe beteiligt die Kreise Arnberg und Beckum, 11 Städte und drei wasserwirtschaftliche Verbände. Die Anleihe dient ausschließlich produktiven Zwecken.

Ausdehnung des Karstadtkonzerns. Der Karstadtkonzern, über dessen unglückliche Bilanz und große Verschuldung wir berichtet haben, dehnt seine Abgabebasis aus. Wie gemeldet wird, hat er für 2,4 Millionen das Kaufhaus der Firma Gebrüder Heilbuth in Hamburg-Warmbeck erworben. Diese erneute Ausdehnung muß verwundern; immerhin dürfte sie zweckmäßiger sein als eine weitere Ausdehnung der Eigenproduktion, mit der der Karstadtkonzern nach seinen Berichten nicht gerade die besten Erfahrungen gemacht hat.

Glänzender Abschluß der österreichischen Tabakregie. Angesichts der außerordentlich schweren Krise, von der das deutsche Tabakgewerbe betroffen ist, gewinnt die Tatsache an Interesse, daß zu der gleichen Zeit die österreichische Tabakregie einen geradezu glänzenden finanziellen Erfolg verzeichnen konnte. Diese staatliche Regie erzielte nämlich für das Jahr 1925 einen Ueberschuß von 167,09 Mill. Schilling (rund 100 Millionen Mark), aus dem 149,68 Mill. Schilling dem Staatsfiskus überwiesen wurden. Die Bilanz zeigt Millionen in Höhe von 411,05 und Passiven mit 31,51 bei einem Reingewinn von 379,53 Mill. Schilling, so daß sich eine Vermögensvermehrung von 167,09 Mill. Schilling ergibt. Die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres 1926 sind bisher befriedigend verlaufen. Der bisherige Ueberschuß des neuen Jahres errechnet sich auf 69,2 Mill. Schilling, was gegenüber den Beträgen der entsprechenden Vorjahrszeit ein Plus von 7,4 Mill. Schilling darstellt.

Das Leben einer jeden Frau

spielt die Aufklärung eine große Rolle. Was ist Oxycellulose? Es ist ein Pulver, das sich aus dem Stoff der Wäsche bildet. Wo es sich bildet, hat die Wäsche ein Loch. Oxycellulose und damit Löcher entstehen langsam aber sicher bei Verwendung der pulvrigen, selbsttätigen Waschmittel.

Perflor allein bietet Gewähr, daß die Wäsche unbedingt geschont wird. Trotzdem wäscht und bleicht es durch einmaliges viertelstündiges Kochen ohne lästiges Reiben und nimmt jeden Fleck.



Perflor niemals heiß auflösen

Hühneraugen

Kukirol
Gornbr., Schmeles und Wazgen
Herstell. Schmeles,
Hörn. Schmeles,
und Gornbr.
Kukirol enthält Millionenmal bewährte Vol. 75 Pf. Gegen Fuß-
schmerz. Versuchen 2 Marktsäulen Antislip-Kukirol, Vol. 50 Pf.
Jede alle Apotheken und Drogerien.

